

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der in der Metall-, Sütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 Mt. Anzeigenpreis die 3 gespaltene Zeilen 40 Pfg. Telefon Nr. 535

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen etc. sind an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

Den Kommenden.

Wer es gelernt, des Lebens Rauigkeit mit ruhig klarem Sinne sich zu deuten: Den Preis ich glücklich. (Shakspere.)

Rauh sind des Menschenlebens Pfade, und doch, sie müssen gegangen sein. Der Schwächling, der weidliche Genusmenschen, der den kleinlichen Beschwerden und Unannehmlichkeiten des Heute mißmutig nachgrübelt, der verliert todlicher die in der Ferne leuchtenden Zinnen seiner Ideale aus dem Auge. Er gleicht dem Vohsen, der in finsterner Gewitternacht mit seinem Schiffe auf den sturmgepeitschten Meereswellen treibt, — rathlos, ziellos, weil er Richtung und Kompaß verloren. Noch mehr: Er gleicht dem bedauernswerten Lotzen, der, obgleich er beim Scheine der zudenden Blitze die gefährdrohende Nähe der Klippenreichen Felsenküste sieht, dem drohenden Unheil nicht mehr entgegen kann, weil sein Steuer — sein Wille — zerbrach.

Unsere Jugend braucht notwendig Ideale, freudige, tatenfrohe Begeisterung für etwas, was dem Leben Richtung und Inhalt gibt; was sie emporträgt über das Niedere des Alltags und was da mit jenem inneren Sehnen nach dem Höheren, dem Vollkommenen harmonisch zusammenklingt, was in den tiefsten Tiefen der menschlichen Seele tönt. Wohl ist es wahr: Die Vollkommenheit ist die Norm des Ewigen; des Sterblichen Ringen und tatenfrohes Schaffen wird sie niemals ganz erreichen. Aber das Vollkommene wollen, das freudige, unablässig tatkräftige Streben seinem Ideale näher und näher zu kommen, das ist es, was dem Leben erst Inhalt und Wert verleiht; was den Mann zum Manne macht! So zieht gleichsam der wahre Lebenskünstler die Kraft für den harten Kampf des Lebens aus seinem Ideale; das Ideal ist ihm keine Feiertagslederei, sondern das harte und kernige tägliche Brot. Das Ideal ist ihm auch kein schöner, süßlicher Traum; nein, er mißt mit ihm die harten realen Dinge des täglichen Lebens. Wohl mag die rauhe Wirklichkeit des Lebens manches Liebeschwängliche daran abstreifen und korrigieren — das Ideal selbst kann dadurch nicht an Wert verlieren; im Gegenteil: das Ideal der himmelstürmenden Jugend vereint sich so mit der Erfahrung des reifen Mannesalters zur frohen, im pflichtreuen Schaffen glücklichen Lebensweisheit.

Der phantastische Träumer, der einem trügerischen Wahngelbde nachjagt, der Kopfhänger, der sich einer weidlichen, trägen Sehnsucht hingibt, werden nie zu dieser glücklichen, lebenbejahenden Reife vordringen. Nur der mutige, tapfere junge Mann, der im Hinblick auf das erstrebte Ideal auch mit Ernst und Ausdauer seine Kräfte zu stählen weiß im harten Lebenskampfe — nur der wird beglückter Sieger sein! — J. K.

Mehr Mitarbeiter. *)

Der Erfolg und die Entwicklungsfähigkeit einer Massenbewegung sind nicht nur von den gesunden prinzipiellen Grundlagen, sondern auch von der Zahl, der Tüchtigkeit und dem Fleiß ihrer tätigen Mitarbeiter abhängig. Der erstrebenswerte Idealzustand, daß alle Anhänger einer großen Vereinigung lebendige, arbeitsfreudige Glieder des Gesamtkörpers sind, wird sehr schwer, wahrscheinlich niemals vollständig zu erreichen sein. Aus der großen Masse werden sich stets eine Anzahl geistig intelligenter und praktisch arbeitsfreudiger Mitglieder als die Träger der Bewegung herauszubilden, die die Führung übernehmen, die Richtung bestimmen, die praktische Arbeit leisten, gewissermaßen den Kopf und das Knochengeriüst des Gesamtkörpers darstellen. Je mehr dieser tätigen Mitarbeiter sich in einer Ver-

einigung befinden, je fleißiger und geschickter sie ihre Arbeit im Dienste der Gesamtheit verrichten, um so größer werden die Fortschritte und Erfolge einer großen Bewegung sein. Das trifft für alle größeren Gemeinschaften zu; wir sehen es aber am deutlichsten in unseren Arbeiterorganisationen. Hier besonders deshalb, weil die Gewerkschaften keine Zwangsorganisationen, sondern auf dem Prinzip der freiwilligen Zugehörigkeit aufgebaut sind, die tätige Mitarbeit infolgedessen nur der freien Entscheidung, dem inneren Drang, mit einem Wort: dem Idealismus entspringen kann. Hier handelt es sich um eine oft mühevollen Mitarbeit, die prinzipiell nicht mit klingender Münze gelohnt werden kann.

Welche Bewegung hätte diese lebendige Mitarbeit vieler ihrer Glieder notwendiger wie unsere christlichen Berufsorganisationen, die Berge von Hindernissen zu überwinden, mächtige Gegner anzunehmen abzuwehren haben! Es ist deshalb wohl angebracht, auf die Bedeutung dieser Frage näher einzugehen und die Forderung mit Nachdruck zu erheben: Mehr Mitarbeiter im Dienste unserer Sache!

Mit der Aufstellung dieser Forderung ist gleichzeitig schon gesagt, daß nach der Richtung hin in unserer Bewegung zur Zeit nicht alles so ist, wie es sein könnte und sein müßte. Auf dem letzten Gewerkschaftskongress in Köln ist im Bericht des Ausschusses des Gesamtverbandes wie auch in den Debatten darauf hingewiesen worden, daß ein Nachlassen des Idealismus und damit der lebendigen Mitarbeit hier und da unverkennbar sei. Gewiß, der himmelstürmende, übersäumende Idealismus und Arbeitseifer der Gründungszeit, der Sturm- und Drangperiode, konnte nicht dauernd anhalten, er mußte einer größeren Reifezeit und Ruhe, einer mehr berechnenden Geschäftsmäßigkeit Platz machen, je mehr die Bewegung an Größe und Bedeutung zunahm. Das ist eine ganz natürliche Erscheinung. Tatsache bleibt aber, daß die Zahl der rührigen Mitarbeiter mit der zahlenmäßigen Entwicklung unserer Bewegung nicht gleichen Schritt gehalten hat. Im Interesse der Zukunft unserer christlichen Gewerkschaften muß diesem Uebel auf den Grund gegangen und nach Möglichkeit zu steuern versucht werden.

Zur weiteren Ausbreitung unserer Bewegung und erfolgreichen Durchführung unserer gewerkschaftlichen Aufgaben brauchen wir außer tüchtigen Zentralleitungen einen großen Stab von örtlichen Vorstandsmitgliedern, ein zahlreiches Heer von eifrigen Vertrauensmännern, aus denen sich die nimmermüden Agitatoren, die Gewerbegerichtsbeisitzer, Vertreter in den Krankenkassen, bei den Schiedsgerichten usw. rekrutieren. Mit Zentralvorständen und freigestellten Beamten allein ist unsere Sache nicht vorwärts zu bringen, selbst wenn die genannten Faktoren noch so tüchtig und arbeitseifrig sind. Der größte Wert ist vor allem auf die Heranbildung eines arbeitsfreudigen und kampferprobten

Vertrauensmännerapparats zu legen. Die Vertrauensmänner sind das Bindeglied, die stets frisch pulsierenden Ader im Organisationskörper. Sie sind die Träger der Bewegung, auf denen sich das Gebäude der Organisation erhebt. Wo sie fehlen oder versagen, muß das Leben der Organisation erlahmen, ins Stocken geraten. Ohne tüchtige, schlagfertige Vertrauensmänner, die unsere Prinzipien geschickt verteidigen, die die Launen und Wankelmütigen ausrichten und ermuntern, werden unsere Gegner auf den Arbeitsstellen leicht gewonnenes Spiel haben. Ohne eifrige Vertrauensmänner wird die Zahl der Neuaufnahmen stets ungenügend sein. Ohne die rastlose Mitarbeit der Vertrauensmänner werden die Neugewonnenen schwer für unsere Sache dauernd zu halten sein. Ohne geschulte und weitbildende Vertrauensmänner können Lohnbewegungen und wirtschaftliche Kämpfe nicht ordnungsgemäß geführt und erfolgreich beendet werden. Sie sind unerläßlich für jeden Zweig unserer agitatorischen und praktischen Wirksamkeit.

In manchen Verbänden, in vielen Zahlstellen fehlt es jedoch in dieser Beziehung. Wie viele Ortsgruppen sind schon durch den Mangel an örtlichen

Führern, an arbeitsfreudigen Vertrauensmännern zurück- oder gar vollständig eingegangen! Es gibt keine Organisation in unserem Gesamtverband, die nach der Richtung hin nicht zu klagen hätte.

Schwierigkeiten und Einwände.

Wo liegen nun die Ursachen dieses Uebels? Zweifellos ist, daß die Verbotslehre fast ausschließlich materieller Triebkräfte, von denen die stärkste Gruppe der deutschen Arbeiterbewegung getragen wird, auch auf die christlichen Arbeiter eingewirkt und abgefärbt hat. Freimachen von der sozialistischen Gedankenwelt, wie es im letzten Jahresbericht der christlichen Gewerkschaften so nachdrücklich gefordert wird, daß allein kann diesen Erscheinungen Einhalt gebieten. Ferner kann auch eine falsche Agitationsweise die Schuld daran tragen, daß der Idealismus zurückgedrängt wird. Der Egoismus aber desto mehr in den Vordergrund tritt. Wo nur mit materiellen Versprechungen, mit Unterstützungen und wieder Unterstützungen agitiert wird, wie es hier und da — vielfach allerdings zur Abwehr gegnerischer Schmuckkonkurrenz — geschieht, da werden keine von Idealismus getragenen Kämpfer, sondern nur egoistische Rassenmenschen das Resultat sein.

Aus solchem Material wird man selten die nötige Zahl eifriger Mitarbeiter herausfinden, die ihre Kraft und freie Zeit dem Gesamtinteresse zu opfern bereit sind. Solche Leute rechnen nur: Soviel bezahle ich, joweit bekomme ich, resp. kann ich erhalten. Damit ist ihr Interesse am Organisationsleben erschöpft. Vor dem Agitieren mit nur materiellen Ueberzeugungsgründen muß deshalb dringend gewarnt werden. Gerade unserer Bewegung mit ihren prinzipiellen Grundlagen ist es leicht gemacht, die hohen Ideale der christlichen Weltanschauung im Gegensatz zum materialistischen Sozialismus auch in der Agitation entsprechend auszunutzen. In Zukunft muß das viel mehr geschehen, wenn unsere Arbeiter sich von der sozialistischen Gedankenwelt vollständig emanzipieren soll. Aus vollster Ueberzeugung können wir den Massen sagen, daß wir nicht nur um ein paar Pfennig mehr Stundenlohn, um so und so viel Minuten Arbeitszeitverlängerung streben und kämpfen, sondern daß für uns viel höhere Güter mit der wirtschaftlichen Selbsthilfe in Verbindung und auf dem Spiele stehen. Arbeiter, die aus diesen Gründen unter unsere Fahne treten, werden auch zur tatkräftigen selbstlosen Mitarbeit bereit sein, soweit es ihnen eben möglich ist.

Ebenso wenig wie in der Agitation dürfen wir aber auch im inneren Verbandsleben das Materielle überwiegen lassen. Die gegnerische Konkurrenz hat manchen unserer Verbände zu einer Ausgestaltung des Unterstützungswezens gedrängt, die wahrlich nicht im Interesse einer erfolgreichen Gewerkschaftsarbeit liegt. Die Schwierigkeiten dieser Situation müssen durch eine systematische Einwirkung und Erziehung im idealen Sinne paralisirt werden. Andere Verbände sind ohne zwingende Konkurrenzrücklagen auf diesem Gebiet aus sich selbst zu weit gegangen. Ein Zurückgehen ist in solchen Fällen aber jedesmal mit den größten Schwierigkeiten verbunden. Die Zentralleitungen und Generalversammlungen müssen hier mit der äußersten Vorsicht handeln, wenn dem materiellen Zug der Zeit nicht zu unserm größten Schaden Vorhieb geleistet werden soll. Denn wo das Unterstützungswezen überwiegt erlahmt der Idealismus, und wo dieser fehlt, da mangelt es an persönlicher Hingabe für die Gesamtheit, da fehlt es infolgedessen an den selbstlosen Mitarbeitern, die wir für jede Weiterentwicklung unserer Bewegung so notwendig haben.

Von einschneidender Wirkung in dieser Frage ist weiter die durch die Entwicklung unbedingt notwendig gewordene Anstellung von besoldeten Beamten gewesen, von einer Wirkung, die zwar nicht naturnotwendig, aber in vielen Fällen infolge falscher Auffassungen und Schlußfolgerungen nicht zum Nutzen unserer Bewegung gewesen ist. Zunächst hat die „bezahlte Arbeit“ der Beamten bei manchen sonst eifrigen Kollegen die materialistischen Ansätze ge-

*) Wir entnehmen diesen Artikel dem „Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften 1911“. Dieses Jahrbuch ist nur noch in wenigen Exemplaren vorrätig; umso mehr empfehlen wir die hier wiedergegebenen Ausführungen der besondern Beachtung unserer Kollegen.

wacht. Der wird für seine Tätigkeit bezahlt, wir sollen es aus Idealismus, wir müssen es umsonst machen. Solche und ähnliche auf diesen Grundton gestimmte Reden — von hochhaften Elementen noch genährt und geschürt — haben manchen früher fleißigen Kollegen verärgert, seine Arbeitsfreude gelähmt und seinen Idealismus getötet. Für die Betreffenden allerdings kein ehrendes Zeugnis. Die so denken, vergessen eben, daß der freigestellte Beamte keine andere Existenz mehr hat, und daß er und seine Familie doch auch leben wollen und daß ein pflichttreuer Beamter jedenfalls mehr unbezahlte Stunden dem Verband opfern muß, wie irgend ein im Arbeitsverhältnis stehender Vertrauensmann. Die meisten Gewerkschaftsbeamten haben heute eine längere Arbeitszeit und ein aufregenderes, unfröhlicheres Leben als im früheren Arbeitsverhältnis. Dabei weiß jeder vernünftige Gewerkschaftler — eine gegenteilige Auffassung ist dem Schreiber dieses in unseren christlichen Gewerkschaften noch nicht bekannt geworden — daß unsere Organisationen heute ohne Beamten nicht auskommen können, ja, es werden gerade aus Mitgliederkreisen fortwährend unerfüllbare Wünsche auf Anstellung von noch mehr Beamten laut. Es ist mithin eine unbegreifliche Logik, wenn sich nachher eifrige Mitarbeiter im Hinblick auf die „bezahlte“ Arbeit der Beamten zurückziehen. Da muß entweder größtenteils Unkenntnis oder ein Gefühl, das in Reiz und Mißgunst seinen Nährboden hat, die Triebfeder sein. Das eine ist so wenig ehrend wie das andere.

Ein anderer, viel häufiger in die Erscheinung tretender Nachteil ist die Bequemlichkeit der Kollegen, die sich sagen: Nun, wo ein Beamter ist, brauchst du dich nicht mehr so ins Zeug zu legen. Wie überall, so steckt auch hier das böse Beispiel an und schließlich wird dem Beamten die Arbeit fast allein überlassen. Die verhängnisvollen Folgen eines solchen Zustandes brauchen hier nicht näher dargelegt zu werden. Da wird die Anstellung eines Beamten die gegenteilige Wirkung haben, die sie haben muß und die alle ernsthaften Mitglieder auch erwarten haben. Ein Beamter ohne tüchtige Mitarbeiter aus den Reihen der Mitglieder erreicht nichts, kann nichts erreichen, weil es ein Ding der Unmöglichkeit ist, eine Arbeit wie unsere Gewerkschaftspraxis auf eine Person zu laden. Der Beamte kommt nicht in die einzelnen Betriebe und Arbeitsstätten hinein und somit nicht in Berührung mit den Indifferenten. In die Versammlungen kommen aber nur wenige, jedoch ohne die Mitarbeit der Kollegen selbst die Agitation niemals fruchtbar sein kann.

Ferner kommt hinzu, daß in manchen Städten und Bezirken ein eifriges Gewerkschaftsbeamten ein halbes, ein ganzes Dutzend und noch mehr gegnerische Beamten gegenüberstehen. Wie will oder kann da ein Beamter unserer Richtung allein etwas ausrichten, wenn er keine Unterstützung in den eigenen Reihen findet, während im gegnerischen Lager nicht nur eine Mehrzahl freigestellter Kräfte, sondern auch Hunderte von Mitarbeitern im Arbeitsverhältnis agitatorisch tätig sind!

Bei der Anstellung von Beamten wird die Mitarbeit vieler Kräfte nicht überflüssig, sondern es ist recht notwendig, wenn dieser Schritt von Erfolg gekrönt werden soll. Die Zentralleitungen, die Verbandsorgane, die Beamten und örtlichen Vor-

stände müssen mit allem Nachdruck darauf hinarbeiten, daß dieser Grundzug Gemeingut aller Mitglieder wird. Sonst sind die Kräfte für Verbandssekretariate und Lokalbeamten zum Fenster hinausgeworfen. Der Beamte selbst wird sich zu Tode arbeiten und doch nicht vorwärts kommen, jedoch ihm die eigene Arbeit zur Last und zum Ueberdruß wird.

Wo es soweit kommt, ist der betr. Beamte allerdings nicht ganz unschuldig daran. Denn seine vornehmste Aufgabe muß es von Anfang seiner Tätigkeit an sein, die bisherigen Mitarbeiter zu erhalten und stets neue hinzu zu gewinnen. Darin liegt der Schlüssel des Erfolges seiner ganzen Tätigkeit. Verstößt er das nicht, dann hat er seinen Beruf verfehlt und kann unserer Sache nicht zum Nutzen gereichen.

(Schluß folgt.)

Der Sozialismus in den Vereinigten Staaten Nordamerikas.

In der Entwicklungsgeschichte der sozialdemokratischen Bewegung ist eine Tatsache auffallend, daß sie in England und Amerika bisher eine verhältnismäßig geringe Ausdehnung gewonnen hat im Gegensatz zu Deutschland, welches die stärkste, bestorganisierte und programmatisch zielklarste, sozialdemokratische Partei besitzt. Es scheint dies um so auffällender, als gerade England und Amerika für den Sozialismus, soweit er als die natürliche Folge des kapitalistischen Wirtschaftssystems angesehen wird, den besten Reizboden haben müßte. England ist das älteste Industrieland, und Amerika hat eine großkapitalistische Entwicklung wie kein anderes Land der Erde. Vielfach führt man diese Erscheinung darauf zurück, daß die englischen Arbeiter (dazu rechnen auch die englisch sprechenden Amerikaner) zu nüchtern und realistisch denken, ihre Aufgabe mehr sehen in der Verwirklichung von Gegenwartszielen, anstatt in der Verfolgung phantastischer und utopischer Ziele, wie sie die Sozialdemokratie in ihrem Programm niedergelegt hat. Demgegenüber hat der Deutsche seit altersher die Charakteranlage, den Dingen auf den Grund zu gehen und schonen Theorien nachzuhängen. Man nennt ja die Deutschen das Volk der Denker — gewiß ein ehrenvolles Zeugnis, wenn dieses Denken richtig ausgebildet ist an Hand religiöser und sittlicher Ideale. Ob aber jene Eigenschaft der englischen Arbeiter eine dauernde Schutzwehr gegen den Sozialismus darstellen wird? Die Verhältnisse scheitern oft sehr schnell vorwärts, und speziell in den Vereinigten Staaten scheint die sozialistische Idee verhältnismäßig schneller Fortschritte zu machen als im alten England. Die jüngst getätigten Wahlen zu den amerikanischen Parlamenten haben den ersten sozialistischen Arbeiter ins Repräsentantenhaus geschickt und zahlreiche — man spricht von 35 — Abgeordnete in die Einzelparlamente. Den sozialistischen Vertreter im Kongreß hat Milwaukee geschickt, eine fast durch und durch deutsche Stadt. Die Stimmenzahl der Sozialisten soll sich mehr als verdoppelt haben, die genauen Wahlziffern liegen in diesem Augenblick noch nicht vor. Immerhin zeigt die sozialistische Bewegung erhebliche Fortschritte, was um so bemerkenswerter ist, als sich die amerikanischen Gewerkschaftsführer beunruhigt fortgesetzt und stetig gegen das Vordringen der sozialistischen Bewegung

erklärten und sie mit allen Mitteln aufzuhalten versuchten. Gerade die Bewegung in den Vereinigten Staaten Nordamerikas wird man mit hohem Interesse verfolgen müssen, weil es sich hier zeigen muß, ob der gesunde Sinn in der Arbeiterschaft, auf den die amerikanischen Gewerkschaftsführer stets so hoch und so stark genug ist, die sozialistische Bewegung zu hemmen oder in maßigere Bahnen zu lenken.

Es gibt gewiß in den Vereinigten Staaten manche Momente, welche zu der Annahme zu berechtigten scheinen, daß der Sozialismus überflüssig ist. Die Vereinigten Staaten sind die freieste Republik der Welt, sie haben ein freies, uneingeschränktes Wahlrecht zu den Parlamenten und eine durch und durch demokratische Verfassung. Es gibt hier keine Monarchie, keine despotische Verfassung, keine Pfaffen, welche das Volk ausbeuten und verdummten, wie die sozialistischen Redensarten bei uns lauten. Der Amerikaner behauptet sogar, daß in keinem Lande mehr Gerechtigkeitsprinzip herrscht, als in seiner Republik. Es fehlen hier also wesentliche Anhaltspunkte für die sozialistische Bewegung, auf die sie bei uns ihr Hauptaugenmerk richtet. Dazu kommt der Umstand, daß die Amerikaner ein unbegrenztes Vertrauen in die Entwicklung ihres Landes haben. In der Tat ist Amerika das reichste Land der Erde. Amerika besitzt 25 Prozent aller Erzeugnisse der Erde. Es produziert 84% der gesamten Baumwollenerzeugung der Erde. Es besitzt 11 000 Quadratmeilen abbaufähige Kohlenfelder von 50 000 der Erde. Der Anteil Amerikas an der Kohlenproduktion der Welt beträgt 33%, während England 30% und Deutschland 19,6% fördert. Amerika liefert 31% aller Goldes und 39% aller Eisens, was auf der Welt gefunden wird. An der Weltproduktion des Petroleum ist Amerika mit 42% beteiligt. Der Flächeninhalt der Vereinigten Staaten beträgt 9 382 893 Quadratkilometer, während Deutschland 540 743 Quadratkilometer groß ist, also genau ein Siebentel jenes Reiches. Während wir jedoch auf unserem Einviertel 65 Millionen Menschen ernähren müssen, zählen die Vereinigten Staaten erst 92 Millionen Einwohner.

Diese geringe Bevölkerungsziffer im Verhältnis zu den natürlichen Reichtümern des Landes beweist am besten, welche Entwicklungsmöglichkeiten dieses Land dem Menschen noch bietet. Es ist deshalb wohl berechtigt, wenn die Amerikaner in die Entwicklung ihres Landes großes Vertrauen haben und tatsächlich, unter geordneten Verhältnissen müßte Amerika seiner Bevölkerung die glänzendsten Existenzbedingungen bieten können. Aber dabei sind die Verhältnisse doch bei weitem nicht so rosig, wie es den Anschein hat, eben weil die Verhältnisse noch recht ungeordnet sind. Amerika ist ein Einwanderungsstaat und jährlich versuchen 2 bis 2 1/2 Millionen Menschen europäischer Herkunft in der neuen Welt ihr Glück. Schon dieser Zustrom massenhaft losgerissener Existenzen erschwert die Durchführung geordneter Verhältnisse, wie wir sie in Deutschland gewöhnt sind. Immerhin hat der amerikanische Optimismus in der Größe der Entwicklungsfähigkeit des Landes eine tatsächliche Unterlage.

Die Einwanderung hat auch den Charakter der Bevölkerung stark beeinflusst. Man spricht nicht mit Unrecht von der Jagd nach dem Dollar, womit das rücksichtslose Streben nach Erwerb ausgedrückt

Elektrische Uhren.

Von Hans Bozquin

(Nachdruck verboten.)

Unter einer elektrischen Uhr versteht man eine solche, deren Antrieb oder Aufziehung auf elektrischem Wege erfolgt, jedoch keine manuelle Nachhilfe nötig ist, um sie in Gang zu erhalten. Gips war wohl der Erste, der eine Pendeluhr konstruierte. Bei ihr dient das Pendel nicht nur als Regulator, es stellt vielmehr den vermittelnden Motor dar, welcher durch eine Schubkassette und ein Strigrad auf das Zeigerwerk einwirkt. Das Pendel trägt unten einen Anker, welcher bei jeder Stellung des erkeren nicht vor den Polen eines vermittelnden Elektromagneten vorbei geht. Haben die Schwingungsamplituden des durch einen Stoß in Bewegung gesetzten Pendels bis zu einem gewissen Grade abgenommen, so wird durch eine besondere Vorrichtung, wobei sich eine kleine Feder auf einem am Pendel befindlichen Felde spielt, der Stromkreis geschlossen, welcher den elektromagnetischen Magneten während der Abwärtsbewegung des Pendels umfließt. Auf diese Weise wird die Gravitation einseitig unterstützt, und der Schwingungsbogen nimmt wieder zu. Neuerdings haben die Siemens-Schubert-Werke das Prinzip der elektrischen Pendeluhr weiter ausgebildet. Während hier der Strom den eigentlichen Antrieb gibt, so daß Motor und Gewicht entbehrlich werden, ist das System der allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft ein anderes. Hier hat der Strom nämlich die Aufgabe, die Uhr, welche an sich durch Federkraft angetrieben wird, stets genügend anzuschlagen, ehe das Werk abgelaufen ist. Die Feder hat aber zunächst einen Vorzug vor jeder anderen. Besitzt daher der Strom, so wie bei der Feder, immer noch eine gewisse Weile, ehe die Uhr abgelaufen ist. Die elektr-

ische Energie nimmt man zweckmäßig aus dem Netz, wobei natürlich eventuell Vorkehrungswiderstände angeordnet werden müssen.

Eine wichtige Rolle spielt die Elektrizität bei den sogenannten Zentraluhrenanlagen. Hier übernimmt eine genau nach der Sternwarte zu regulierende „Normaluhr“ Kontrolle oder Führung mehrerer „Nebenuhren“, die dann den richtigen Gang des Hauptwerkes annehmen. Man muß hier zwei Systeme unterscheiden. Die Nebenuhr kann ein eigenes Triebwerk haben, welches so sorgfältig arbeitet, daß ihr Gang innerhalb einiger Stunden nur um einen kleinen Betrag differiert, wie dies bei der Unzulänglichkeit aller anderer Maschinen der Fall ist. Die Normaluhr hat dann die Aufgabe, innerhalb gewisser Zeiträume eine gewisse Kontrolle auszuüben, bezw. eine Korrektur einzusetzen zu lassen, welche beide Apparate wieder in Tritt bringt. Solche Nebenuhren nennt man „Synchronisiererte“. „Synchronisiererte“ sind sie dagegen, wenn sie kein eigenes Werk besitzen, sondern von der Hauptuhr aus Impulse empfangen, welche die Zeiger bewegen und sie nach dem Takte marschieren lassen, welchen die Führerin angibt.

Letztere, synchronisierte Uhren wurden von Barraud, Lund, Givö und anderen konstruiert. Läßt man auf einen quer verstellbaren Nerven von oben einen Klotz fallen, der einen dreieckigen Ausschnitt hat, so wird der Nerven nicht seitlich weggedrängt werden, wenn der Klotz gerade mittlings zu sitzen kommt. Ist dies aber nicht der Fall, so rückt der Klotz den Nerven in jene mittlere Lage zu bringen. In dieser Weise wurden Korrektionsapparate eingerichtet. Zu einer bestimmten Zeit trat ein solcher Klotz in Wirkung und führte einen Nerven — und mit diesem den Zeiger — an die Stelle, welche letzterer bei genauer Funktion des Werkes hätte einnehmen müssen. Oder man benutzte eine Art Schere, welche den Nerven zerrt, wenn er auf der XII stehen sollte,

so eintritt, daß etwaige kleine Abweichungen von der richtigen Stellung korrigiert wurden.

Ein viel einfacheres System bringt die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft zur Anwendung. Steht der große Zeiger der Nebenuhr auf XII, so wird ein Stromkreis geschlossen. Dadurch wird ein Elektromagnet erregt, dessen angezogener Anker das Werk arreliert, so daß es stehen bleibt. Nach kurzer Zeit gelangt nun der Zeiger der Normaluhr, gegen welche die Nebenuhren etwas vorgehen, auch auf die XII. Dieser Arretierungsstrom fließt aber durch das stützende Werk. In diesem Moment wird ein Kontakt geöffnet, welcher das weitere Fließen des Stromes in den Nebenuhren unmöglich macht. Dort werden daher die Hemmungen aufgehoben, und die Werke haben neuerdings Gelegenheit, sich eine Stunde lang frei zu bewegen.

Auch Pendelkontrollen hat man eingeführt. Dabei läßt man das Pendel der Nebenuhr in genauer Übereinstimmung mit dem Pendel der entfernten Hauptuhr schwingen, indem man das Pendel der letzteren bei jeder Schwingung eine kurze Zeit lang — etwa den zehnten Teil einer Sekunde — einen Stromkreis schließen läßt, der einen Elektromagneten der Nebenuhr umfließt. Dadurch wird das Pendel der Nebenuhr gezwungen, denselben Schwingungsbogen wie das Hauptuhrpendel zu machen und beizubehalten.

Von Bain stammt wohl die älteste, praktisch brauchbare sympathische Uhr, nachdem schon 1829 der verdienstvolle Steinheil eine Zentraluhranlage einjuristisch verpatentiert hatte. Bain benutzte Gleichstrom, und entzündete von der führenden Uhr in jeder Stunde einen Stromstoß nach den abhängigen Werken. Dort wurde ein Elektromagnetanker angezogen, der unter der Einwirkung einer Feder wieder zurückging, wenn der Strom unterbrochen wurde. Die

werden soll. Alle, die nach Amerika wandern, gehen nicht dorthin, um in gemüthlicher Weise sich zur Ruhe zu setzen, sondern mit Energie und Tatkraft sich Achtung zu erwerben — wenigstens zu erwerben zu können. — Deshalb ist der Sinn des Volkes auf Arbeit und Verdienen gerichtet. Nirgendwo ist die Arbeit mehr anerkannt und der Müßiggang mehr geachtet, wie in Amerika. Die größte Achtung zollt man dem, der aus eigener Kraft es zu etwas bringt und mit Stolz verkünden die alten Einwanderer: „Wir haben unser Leben gemacht“, d. h. wir haben uns eine gute Existenz geschafft. Auch die Arbeiterbevölkerung ist zum großen Teil von diesem Streben beherrscht. Gelingt es dem Arbeiter nicht, sich mit Hilfe von Ersparnissen selbständig zu machen, so versucht er wenigstens mit allen Mitteln seine Arbeitskraft höchst teuer zu verkaufen und seinen Beruf gegen Konkurrenz abzuschließen.

Alle diese Dinge sprechen anscheinend gegen eine sozialistische Entwicklung und die modernen Amerikaner sagen denn auch, daß der Charakter des amerikanischen Volkes sich niemals mit dem Sozialismus befreunden werde. Dem steht jedoch entgegen die Tatsache, daß der Sozialismus ständig an Boden gewinnt, daß er dank einer rührigen und eifrigen Agitation auch immer mehr Anhänger in der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung findet. Richtig ist, daß weniger theoretische Kenntnis von dem Wesen des Sozialismus die amerikanischen Arbeiter beherrscht; vielmehr ist die Triebfeder die Opposition gegen das herrschende kapitalistische System. Der Großkapitalist in Amerika beherrscht nicht bloß das wirtschaftliche Leben durch seine Trusts und Sympilate, sondern auch das politische Leben. Die Freiheit der Wahlen wird in keinem Lande so sehr durch den Dollar beeinflusst, wie im freien Amerika. Die bestehenden Gewerkschaftsorganisationen und ihre Führer kämpfen ebenfalls gegen die Auswüchse und gegen die Ausbeutung durch das Kapital, aber sie tun sich mit dem kapitalistischen System selbst ab. Alle namhaften Gewerkschaftsführer sind Gegner des Sozialismus. Compers, Mitchell, Louis, Galins erklären sich bei jeder Gelegenheit als Gegner des Sozialismus. Merkwürdigerweise hindert dies jedoch nicht, daß die sozialdemokratische Propaganda in den Unions (Gewerkschaften) fröhlich weiterbesteht. Dem Sozialismus kommt zu Hilfe die vielfache Müßiggang und Gleichgültigkeit der nichtsozialistischen Arbeiter gegen alle Aufgaben, die nicht im engsten Zusammenhang mit der Lohn- und Arbeiterfrage stehen.

Aber auch die neuere Wirtschaftsentwicklung kommt dem Sozialismus zugute. Die Zeiten sind längst vorbei in Amerika, wo es jeder strebsame und fleißige Mensch zu etwas bringen konnte. 25 Prozent aller Einwanderer sind heute dauernd dazu verurteilt, Lohnarbeiter zu bleiben, prädisponiert, bevor sie ins Land kommen. Die Verwertung ihrer Arbeitskraft ist ihnen meist nur möglich in den Großstädten und Industriestädten. Da sie meistens eine Enttäuschung erleben bezüglich der Erwerbsmöglichkeiten, so ist es ganz naturgemäß, daß sich dieser entwurzelten Existenz Unzufriedenheit bemächtigt, die sie im letzten Grunde dem Sozialismus in die Arme führt. Dazu kommt ferner der vollständige Mangel einer Arbeiterbewegung, die außer den wirtschaftlichen auch die idealen Interessen der Arbeiter

vertritt. So ist es nicht verwunderlich, wenn der Sozialismus immer mehr Herr der Situation wird. Dabei stolpert man von dieser Seite nicht über theoretische Schwierigkeiten. Die sozialistischen Maurex, Holzarbeiter, Installateure usw. finden es mit ihrer sozialistischen Anschauung durchaus vereinbar, ihren Beruf möglichst scharf gegen Konkurrenz abzuschließen und künstlich zu gestalten. In den meisten Städten werden von den Unions der oben genannten Berufe nur Lehrlinge zugelassen, welche Söhne von Gewerkschaftsmitgliedern des genannten Berufs sind.

Alles in allem hat der Sozialismus in den Vereinigten Staaten eine größere Entwicklungsmöglichkeit, als man ihm gemeinhin zuschreibt, und wenn diese Bewegung aufgehalten werden soll, so gibt es gar keine andere Möglichkeit, als die Organisation der christlich und national denkenden Arbeiter in den Vereinigten Staaten vor allen Dingen in Arbeitervereinen; die Gewerkschaften sollten neutral erhalten bleiben, wie sie gegenwärtig sind. Die amerikanischen Gewerkschaftsführer scheinen dies ebenfalls allmählich einzusehen. Sie erkennen an, daß die Sozialisten nicht ruhen werden, bis sie die Gewerkschaften für die sozialdemokratische Partei gewonnen haben.

Die einzige Möglichkeit das zu verhindern wäre eine stärkere Opposition der nichtsozialistischen Arbeiter, die immerhin noch die überwiegende Mehrheit haben. Dazu gehört jedoch das Erwachen dieser Arbeiter aus ihrer bisherigen Gleichgültigkeit. Anjähre dazu sind bereits vorhanden und vor allen Dingen die katholischen und evangelischen Vereine sind in den letzten Jahren eifrig bemüht, ein soziales Programm für ihre Arbeiter aufzustellen, dessen Grundtendenz sein soll gesetlicher Arbeiterschutz, Arbeiterversicherung, freies Koalitionsrecht unter Anerkennung der Tarife. Welche Aussichten diese Bewegung haben wird, läßt sich schwer sagen. Es hängt ganz von der Energie und Entschiedenheit ab, mit der die Bewegung in Fluß gebracht und durchgeführt wird. Vortäufig sind jedoch die Sozialisten die rührigsten und haben deshalb eine berechnete Aussicht auf Erfolg.

Der Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamts für 1909.

II.
Ueber die Bescheiderteilung der Versicherungs-träger wird folgendes mitgeteilt:

Im Jahre 1909 wurden auf Grund der gewerblichen Unfallversicherungsgesetze 228 667, auf Grund des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirtschaft 193 409, im ganzen mithin 422 076 berufsungsfähige Bescheide erlassen. Unter den Bescheiden befanden sich 186 601, das sind 44,21 v. H., welche sich auf anderweitige Feststellung der Rente infolge Veränderung der Verhältnisse, Ruhen der Rente und Abfindung bezogen.

Die bei den 124 Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung in Unfallversicherungssachen anhängig gewordenen Streitigkeiten stellten sich auf 115 667, und zwar 76 352 Berufungen und 39 315 Anträge gemäß § 88 Abs. 3 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes und der entsprechenden Bestimmungen der übrigen Unfallversicherungsgesetze.

Von den Berufungen wurden eingelegt auf Grund der gewerblichen Unfallversicherungsgesetze 52 180 (68,34 v. H.), auf Grund des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirtschaft 24 172 (31,66 v. H.).

Die Zeigerstellung durch die oszillierenden Spulen geschieht jede Minute, sodaß also der Minutenzeiger eine Minute lang auf dem betreffenden Punkte des Zifferblattes steht, und je nach Wahl ist die Zeit des Beginnes oder des Endes der Minutenperiode die bisherige. Die Hauptuhr muß eine Kontaktvorrichtung enthalten, die freis nach einer Minute einen Stromimpuls wechselnder Richtung entsendet. Soll der Strom nicht dem vorhandenen Starkstromnetz entnommen werden, so verwendet man zweckmäßig Trockenelemente, deren Zahl sich natürlich darnach zu richten hat, wieviel Nebenuhren zu betreiben sind.

Sympathische Uhren mit rotierendem Anker werden von der Firma Miy und Genest hergestellt. Hier wird ein besonders geformter polarisierter Anker bei jedem wechselnden Stromstoß um je 90 Grad weiter gedreht. Die Bewegung überträgt sich mittels eines Getriebes auf das Minutenrad, sodaß keine Sperrklinken und dergleichen notwendig werden. Die Stromschlußvorrichtung am Hauptwerke wird durch ein besonderes Laufwerk betätigt, welches jede Minute vom Gehwerk ausgelöst wird. Nach jeder Auslösung erfolgt eine halbe Umdrehung eines Segmentes, welches einen Kontakt herstellt, der einen kurzen, beispielsweise positiven Stromstoß nach der Nebenuhr versendet. Die erwähnte Drehung des Ankers daselbst bewirkt dort das Fortrücken des großen Zeigers um den Raum einer Minute. Erfolgt dann nach einer weiteren Minute eine zweite Auslösung der Vorrichtung, so legt jedes Segment den zweiten Teil seiner Umdrehung zurück, und nun wird ein entsprechender negativer Strom entsendet. Der Anker, welcher nach der vorigen Drehung eine andere Lage seiner Pole aufweist, wird gerade durch den Strom anderen Vorzeichens genötigt, in derselben Weise zu reagieren wie vorher, sodaß der große Zeiger um denselben Betrag weiter geschaltet wird.

Die Zahl der Berufungen hat auch im Berichtsjahre zugenommen. Es dürfte das zurückzuführen sein auf das Bestreben der Versicherungs-träger, entweder möglichst geringe Renten zu gewähren oder aber die gewährten Renten herabzubrüden. Es kommen da die Berufsgenossenschaften in Frage, gegen welche 64 675 Beruferte allein wegen Nichtgewährung oder Herabsetzung der Rente bei den Schiedsgerichten Berufung einlegten. Daß diese dabei die Hilfe von Vertretern in Anspruch nahmen, ist wohl erklärlich. Den geschäftsgewandten Vertretern der Berufsgenossenschaften müssen geschäftsgewandte Vertreter der Versicherten gegenüberstellen, sollen diese nicht zu kurz kommen. In dem Jahresbericht steht aber der lakonische Satz: „Die Rentenbewerber sind noch häufiger als bisher durch Gewerkschafts- und Arbeitersekretäre vertreten worden.“ „Noch häufiger“, das klingt etwas vorwurfsvoll. Das Recht der Versicherten, sich durch Gewerkschaftssekretäre vertreten zu lassen, muß auch in Zukunft voll gewahrt werden.

Die Angaben über die Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts zeigen eine starke Steigerung der anhängig gewordenen Rekurse. Solche wurden 1909 eingelegt zusammen 25 475. Das bedeutet eine Zunahme gegen das Vorjahr um fast 12 Prozent. Rund 80 Prozent der Rekurse betrafen die gewerbliche 20 Prozent die landwirtschaftliche Unfallversicherung, Rekursentscheidungen haben 1297, 21 417 mündliche Verhandlungen stattgefunden. In jeder Sitzung mußten also durchschnittlich 17 Rekurse verhandelt werden, etwas viel, auch wenn die Sachen gut vorbereitet waren. Trotz der schnellen Arbeit konnte das Reichsversicherungsamt nicht aufarbeiten. Es blieben, wie bereits mitgeteilt, 15 134 Rekurse unerledigt. Davon waren 6808 im letzten Vierteljahr eingegangen, während 8513 aus früherer Zeit stammten.

Diese Rückstände sind sehr bedauerlich und liegen nicht im Interesse der Versicherten. Auch das Ansehen des Reichsversicherungsamtes gewinnt dadurch nicht. Bei dieser immer größer werdenden Behörde wächst die Unübersichtlichkeit. Auch die Einseitigkeit der Rechtsprechung wird durch die fortwährende Verneuerung der Senate nicht erhöht. In dem Entwurfe der Reichsversicherungsordnung wollten deshalb die verbündeten Regierungen das Rekursverfahren dem Reichsversicherungsamt ganz abnehmen und dem Oberversicherungsamt übertragen. Nachdem aber die Versicherungsämter gefallen waren, ging die Reichstagskommission auf diesen Plan nicht ein. Es wurden aber Maßnahmen beschlossen, die eine Entlastung des Reichsversicherungsamtes herbeiführten. Ob sie aber auch im Interesse aller Versicherten liegen, ist fraglich. Das Reichsversicherungsamt hat bisher sozial verständig gewirkt durch seine meist vernünftige Rechtsprechung. In 5066 Fällen hat es die Urteile der Schiedsgerichte völlig oder teilweise geändert, und 14 701 Urteile derselben bestätigt. Es wäre interessant, zu erfahren, zu welchem Grade die Urteile dem Prozentsatze nach ausgefallen. Darüber sagt der Bericht nichts näheres. Bei der Heberhaldt Nr. 5 über die Erledigung der Streitigkeiten durch die Schiedsgerichte ist angegeben, daß von 131 000 bearbeiteten Streitigkeiten 20 500 Argumenten der Versicherungs-träger ausgefallen sind. Angaben in ähnlicher Weise über die Vorbeurteilung der Rekurse wären erwünscht und wohl möglich zu geben. Nach andern Richtungen hin gibt der Bericht Aufschluß. Es wird z. B. angeführt, daß die den Urteilen zu Grunde liegenden Streitigkeiten sich auf die Anwendung des § 88 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes beziehen. Der § 88 sagt: Tritt in den Verhältnissen, welche für die Feststellung der Entschädigung maßgebend geworden sind, eine wesentliche Veränderung ein, so kann eine anderweitige Feststellung erfolgen.“ Es ist klar, daß dieser Bestimmung eine Reihe von Streitigkeiten entspringen müssen. Die Berufsgenossenschaften, gestützt auf die Urteile ihrer Ärzte, konstatieren eine Besserung, die Versicherten bestreiten dies. So gibt es viele Prozesse.

oszillierende Bewegung des Ankers wird dann mittels Sperrhasen und Steigrad auf das Zeigerwerk übertragen, sodaß das richtige Tempo erreicht wurde. Jetzt wendet man gewöhnlich Stromstöße wechselnder Richtung an. Der Vermittlungskörper, der zur Fortschaltung des sekundären Werkes dient, kann durch diese Ströme entweder in oszillierende oder in rotierende Bewegung versetzt werden. Demnach sind hier wieder zwei Systeme zu trennen.

Breguet ließ einen permanenten Magneten zwischen zwei je nach der Richtung der vom Hauptwerk ankommenden Ströme verschieden polarisierten Elektromagneten schwingen, und übertrug seine Bewegungen mittels einer pendelnden Stange auf ein Steigrad. Spöhr benutzt einen oszillierenden Anker, welcher eine Umrufe trägt, die mit ihren Kalleten so in ein Steigrad greift, daß immer eine Kalleten in der Lücke eines Zahnes sitzt, sodaß das Steigrad infolge der eigenartigen Form der Zähne nach beiden Seiten hinpendert ist. Der ganze Apparat ähnelt einem polarisierten Relais, wie es in der Telegraphie gebräuchlich ist, und es wird der als Wagebalken ausgebildete Anker je nach der Stromrichtung bald mit dem linken, bald mit dem rechten Ende gegen den Pol eines Elektromagneten gelegt, den der einlangende Strom umfließt.

Bei den sympathischen Uhren der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft destillieren im Luftspalt eines permanenten Stahlmagneten zwei flache Scheiben, deren Bewegung auf ein die Zeiger der Uhr tragendes Räderwerk übertragen wird. Dieses Prinzip ermöglicht einen äußerst kompakten Aufbau und den denkbar geringsten Kupferverbrauch, sodaß sich die Uhren vornehmlich für Serienschaltung eignen, jedoch auch Parallelschaltung ohne weiteres ermöglichen. Ein weiterer Vorteil des Prinzips ist der, daß das bewegliche System eislos ist, also auch nicht infolge von Remanenz am Magneten haften bleiben

Die Zentraluhren selbst brauchen nicht elektrisch angetrieben zu sein. Meist sind sie astronomische Pendeluhren, welche ihren Antrieb in gewöhnlicher Weise durch ein Gewicht erhalten. Die von Hand auszuführende Korrektur muß nach den Weisungen geschehen, welche die Himmelsbeobachtungen erteilen. Eine Zentraluhr kann die Führerin zahlreicher Nebenuhren werden, sodaß schon eine große Gruppe zusammenarbeitender Werke gebildet wird. Diese Systeme lassen sich aber noch mehr erweitern, wenn jede Nebenuhr für sich wieder zur Hauptuhr wird, von der Uhren tertiären Grades abhängen. Auch diese können wieder quartäre Werke kontrollieren oder führen. So verzweigt sich das Ganze wie ein Baum mit Ästen, Zweigen und Blättern. Nur darf natürlich nicht vergessen werden, daß überall, wo der elektrische Strom mehr Arbeit zu leisten hat, auch für das nötige Plus an Energie zu sorgen ist. So müssen eventuell neue Elemente aufgestellt werden, oder es wird die Stromabnahme aus dem Netz eine reichlichere, die darum auch mehr Unkosten verursacht. In einem Fabriketablisement kann man beispielsweise alle Uhren von einer einzigen abhängig machen, welche selbst als Nebenuhr an eine vorhandene Uhrenanlage angeschlossen wird.

Nebenuhren werden auch benutzt, um Zeitnennale in Schulen, Fabriken usw. abzugeben. Es erfolgt die Auslösung derselben durch Einstellen einer Signalkette, welche unterhalb des Zifferblattes angebracht ist. Die Signale können in Zeitabständen von zehn Minuten gegeben werden; beträgt der Abstand deren nur fünf, so müssen besondere Scheiben hergestellt werden. Man kann solche Uhren auch zu anderen Zwecken benutzen: z. B. um Motore ein- und auszuschalten, um Lampen anzuzünden, um die wechselnden Effekte der Reklamebeleuchtung hervorzurufen, um das Schaufenster zu einer bestimmten Zeit dunkel werden zu lassen, und was dergleichen mehr ist.

Nachträglich sind Streitfragen, in denen es sich um den Grad der Erwerbsfähigkeit handelt. 1909 waren dies 14,2 vom Hundert, 1908 17 vom Hundert. Um den Beweis des Unfalls drehte sich der Streit in 4,3 v. H. Fällen. Ob ein Zusammenhang zwischen dem Betriebsunfall und der Erwerbsfähigkeit anzunehmen war, mußte das Reichsversicherungsamt in 8 v. H. ob ein Unfall beim Betrieb vorlag, in 4,3 v. H. der Fälle feststellen und entscheiden.

Unter den Parteien, in denen streitig war, welcher Versicherungsträger die Entschädigung zu übernehmen hatte, befanden sich 36 (1908 18), in denen der Anspruch des Verletzten gegen den beklagten Versicherungsträger zwar zurückgewiesen, der beigeladene Versicherungsträger aber zurückerstattet worden ist, den Verletzten zu entschädigen.

Aus der Metallindustrie.

Zur Lage der deutschen Drahtindustrie.

Ueber die Lage der deutschen Draht- und Drahtwaren-Industrie im verfloffenen Jahre berichtet Dr. H. Bärner in der letzten Nummer des „Anzeiger für die Draht-Industrie“ (Berlin W. 35):

Die Hoffnungen, welche die deutsche Draht- und Drahtwaren-Industrie auf das Jahr 1910 setzte, haben sich nur teilweise erfüllt. Wohl war die Beschäftigung im Endergebnis eine zufriedenstellende, wohl konnte auf dem Inlandsmarkt eine kleine Preis-Aufbesserung erzielt werden, aber verschiedene unerwartete Ereignisse übten zeitweise einen hemmenden Einfluß aus, und die Konkurrenzverhältnisse auf dem Auslandsmarkt spitzten sich immer mehr zu.

Verhältnismäßig am günstigsten schritt die Walzdrahtfabrikation ab. Die Werke traten mit guter Beschäftigung in das neue Jahr ein und konnten bald ihre Preise um 25 Prozent erhöhen, jedoch der gewöhnliche Flugdraht-Walzdraht für das Inland das ganze Jahr hindurch mit 127,50—132,50 Mark, je nach Abschlußmenge, notierte. Auch die Ausführungsvergütung wurde anfänglich um 5 Mark herabgesetzt, einige Monate später aber um denselben Betrag wieder hinaufgesetzt. Von der Mitte des Jahres an trat eine große Benutzungslosigkeit des Marktes dadurch ein, daß nacheinander vier neue Konkurrenz-Fabriken auf dem Markt erschienen. Sofort machte man den Versuch, die neuen Firmen zum Eintritt in das Kartell zu veranlassen, indessen dauerten die Verhandlungen doch einige Monate, während deren man in Besorgnis wegen des ferneren Schicksals des Verbandes war. Am 20. September kam man endlich zu einer allgemein zufriedenstellenden Einigung und sicherte dadurch den Bestand des Walzdrahtverbandes bis zum Jahre 1912. Der Absatz im Inlande fand gleichzeitig eine Belebung, während das Ausfuhrgeschäft durch den belgischen, französischen und englischen Wettbewerb sehr erschwert wurde und zu manchem wenig lohnenden Abschluß zwang.

Die Marktlage für die Industrie gezogener Drähte war im großen und ganzen dieselbe, nur waren noch einige Schwankungen mehr zu verspüren. Der Grundpreis für gewöhnlichen, gezogenen Draht in Ladungen erfuhr eine Aufbesserung von 145 bis 150 Mark auf 147,50 bis 152,50 Mark und blieb auf dieser Höhe während der restlichen Zeit.

Die Drahtstift-Industrie begann das Jahr mit hochgekommenen Erwartungen, denn ganz bestimmt rechnete man mit der Erneuerung des Syndikates gleich im Anfang Januar, da man sich im Prinzip geeinigt hatte und nur noch einige redaktionelle Änderungen des Syndikatsvertrages übernehmen wollte. Da wurden seitens beteiligter Firmen Schwierigkeiten gemacht. Kurz darauf erschien ein neues Konkurrenzunternehmen in Belgien, das hohe Forderungen bei einem Eintritt in das Kartell stellte und bald verdrängte die Frage der Syndikatsbildung von der Tagesordnung. Eine weitere Grundlegung erfuhr diese Industrie, als im Herbst die Bauindustrie mit deren Belebung man gerechnet hatte, in vielen Bezirken unter Arbeiterausständen und Aufbesserungen zu leiden hatte. Während in den ersten Monaten der Regier nach Drahtstiften mit Rücksicht auf das in Aussicht stehende Syndikat und die erwarteten Aufbesserungen des Bauwerkes, ein sehr hoher war, trat bald ein arger Rückschlag ein, dieser konnte nur teilweise wieder wettgemacht werden, als um die Jahresmitte die Bauindustrie in geregelter Schranke zurückkehrte. Auf dem Exportmarkt hatte auch die Drahtstift-Industrie mit vermehrten Schwierigkeiten zu kämpfen.

Der Streit deutscher Rietenfabriken bezüglich im Januar eine Preisüberhöhung um 10 Mark für die Lösser Schiffe, Kessel- und Brudenmieten und konnte am 1. März einen Grundpreis von 155 Mark während der Verhandlungsperiode bekommen. Die Beschäftigung der Werk war eine zufriedenstellende, wenn auch die Produktionsmöglichkeiten nicht voll in Anspruch genommen wurde. Am Herbst konnte eine Revision der Konvention bis zum 31. März, 1911 vorgenommen und die Verhandlung über die Umgestaltung derselben in ein Syndikat fortgesetzt werden.

Aus den Organisationen der übrigen Zweige der Drahtindustrie bringt während des letzten Jahres wenig in die Öffentlichkeit, jedoch man erwartet, daß diese Spezialindustrien eine zufriedenstellende Entwicklung nehmen.

Gewerkschaftliches.

Warum paritätische Arbeitsnachweise?

Im Schneidergewerbe sollte auf Antrag des „freien“ Schneiderverbandes ein paritätischer Arbeitsnachweis, zunächst fakultativ eingeführt und hierfür eine allgemein gültige Geschäftsordnung zwischen den in Betracht kommenden Organisationen: dem Allgem. deutschen Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe einerseits, dem Verband der Schneider und Wäschearbeiter, dem Verband christlicher Schneider, Schneiderinnen und verwandte Berufe Deutschlands und dem Gewerbeverein der Schneider S.-D. andererseits vereinbart werden. Was der „freie“ Schneiderverband mit seinem Antrag bezwecken wollte, ging aus den Verhandlungen, die die Hauptvorstände diesbezüglich am 12. Dezember in Berlin pflogen, hervor. Der christliche Schneiderverband beantragte, daß Vermittlung von Arbeitsgelegenheit nicht von der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Organisation oder Klasse (freie Hilfsklasse) abhängig gemacht werden darf. Ferner verlangte der Antrag ein direktes Verbot der Vornahme von Verbandsgeschäften — Aufnahme von Mitgliedern, Einziehen von Beiträgen, Auszahlen von Unterstützungen u. wie eine Besprechung der Verbandszugehörigkeit — auf den Arbeitsnachweisbureauis. Bewährten gegen die Geschäftsführung des Arbeitsnachweises sollten als tarifwidrig betrachtet werden.

Sachliche Erwägungen waren es sicher nicht, die die Vertreter des „freien“ Verbandes veranlaßten, gegen den Antrag Stellung zu nehmen; denn bei einer paritätisch eingerichteten Institution, noch dazu, wo auf Arbeitnehmerseite drei durch das Tarifabkommen im Schneidergewerbe gleichberechtigte Organisationen in Frage kommen, und mit den Arbeitgebern zu den Kosten der Einrichtung herangezogen werden sollen, war der Antrag dazu angehen, von dem für das Schneidergewerbe zu errichtenden Arbeitsnachweis alle die Erscheinungen fernzuhalten, die bei ähnlichen Einrichtungen durch sozialdemokratische Arbeitsvermittler zum Nachteil nichtsozialdemokratischer Arbeiter beobachtet wurden. Anderer Meinung waren die Vertreter des „freien“ Verbandes. Sie glaubten zwar den Schein der Parität zu wahren, wenn sie dem ersten Teil des Antrages des christlichen Verbandes zustimmten und erklärten, daß sie nicht die Absicht hätten, Verbandsgeschäfte auf den Nachweisen vorzunehmen, aber — generell verboten wollten sie dies nicht haben. Natürlich; ist doch der Arbeitsnachweis das geeignetste Mittel, den in der Minderheit befindlichen Organisationen das Ausbreitungsgebiet nach Willkür zu begrenzen und die Notlage der Arbeitssuchenden zu heiligen, um sie den „freien“ Gewerkschaften und damit der Sozialdemokratie zuzuführen. Zu letzterer bekennt sich auch der „freie“ Schneiderverband. Er schreibt in seinem Verbandsorgan, der „Nachzeitung“ Nr. 47 1910: „Wir wenden uns nicht gegen die Bezeichnung sozialdemokratische Gewerkschaften, wir sind selbst Sozialdemokraten und wünschen nur, daß es auch alle Mitglieder der freien Gewerkschaften wären...“ Und um dieses Wunsch erfüllt man sich Arbeitgeber und nichtsozialdemokratische Arbeiter zu ungewollten Handlungen magen.

Gegen sozialdemokratische Tarifmonopole

wendet sich der engere Ausschuss des Landesverbandes Evangelischer Arbeitervereine Sachsens durch folgende, durch die bürgerliche Tagespresse der Deffentlichkeit unerbitterte Resolution:

Der Landesverband Evangelischer Arbeitervereine im Königreich Sachsen lenkt die Aufmerksamkeit aller bürgerlichen Kreise auf die Tatsache, daß neuerdings die sozialdemokratischen Gewerkschaften dadurch ihre Macht zu vergrößern bestrebt sind, daß sie Tarifverträge mit Arbeitgeberverbänden abschließen, kraft welcher nicht sozialdemokratisch organisierte Arbeiter von der Beschäftigung in den Betrieben der vertragschließenden Unternehmer ausgeschlossen werden.

Es ist schon wunderzunehmen, daß Arbeiterorganisationen derartige Schritte vorzuziehen, den Mut haben, so ist unsere Erwartung darüber noch viel größer, daß Arbeitgeberorganisationen um das Leben Friedens willen vor der gewerkschaftlich organisierten Sozialdemokratie die Waffen niederzulegen, obwohl sie von der politisch organisierten Sozialdemokratie noch wie vor aufs heftigste bekämpft werden.

Wir rufen die ernste Bitte an die Unternehmer, allen Versuchen von sozialdemokratischer Seite, ihnen solche Tarife anzubieten, mit größter Umsicht und Bedenken zu begegnen und gegen die bestmögliche Erwartung, daß alle Kreise des Bürgertums — ganz gleich welcher Parteizugehörigkeit sie angehören — die nicht sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen in ihrem Kampf um Gewerkschaftsfreiheit unterstützen möchten.

Diese Resolution ist zur Zeit insofern in Sachsen von besonderem Interesse, als in Röttha infolge eines solchen sozialdemokratischen Monopol-Tarifvertrages ein schwerer Konflikt im Leinwandgewerbe ausgebrochen ist. Hoffentlich lassen es die christlich-national gestimmten Arbeiter Sachsens nicht bei dieser Resolution allein bewenden, sondern greifen nun auch selbst mitbräutig zur Gegenwehr. Die christlichen Gewerkschaften haben ja schon vielfachweise schon im Brauzen im Lande als „tot“ bezeichnet, Königreich Sachsen setzen sie zu helfen vermögen. Diese nun

durch Massenbeitritt seitens der nicht sozialdemokratischen Arbeiter zu stärken, dürfte das einzig erfolgversprechende Mittel gegen den sozialdemokratischen Terror und Uebermut sein.

„Freiheit“ die ich meine...

Nach der Lehre der sozialdemokratischen Weltanschauung gibt es keine ewigen unveränderlichen Normen für Recht und Sittlichkeit, was die Menschheit jeweils unter Recht und Sittlichkeit versteht, ist nichts weiter, als der Ausfluß oder Niederschlag der jeweils herrschenden wirtschaftlichen Verhältnisse. Das schließt natürlich nicht aus, daß die Sozialdemokratie gelegentlich, wenn sie mal wieder die Rolle des „Gedrückten“ zu spielen für gut findet, „getrosten Mutes in den Himmel“ zu greifen droht, um sich dort „die ewigen Rechte“ herunter zu holen: „die droben hängen unveränderlich und unerschütterlich, wie die Sterne selbst“. So eine Drohung mit dem nötigen Theaterdonner macht natürlich Effekt und imponiert besonders beim Troß der Nachläufer gewaltig. Zu dem Zwecke darf sich der sozialdemokratische Gewerkschafts- oder Parteitagator schon mal eine programmwidrige Keßerei gestatten. Der Zweck heiligt das Mittel!

Gleich dem Rechte ist nach sozialdemokratischer Glaubenslehre auch die Sittlichkeit oder Moral nur der Ausfluß der wirtschaftlichen Verhältnisse. Letztere läßt das sozialdemokratische Programm sich mit Notwendigkeit von der kapitalistischen zur sozialistischen Form fortentwickeln — und Recht und Moral müssen dieser Entwicklung nach demselben sozialistischen Programm ebenso naturgemäß folgen und sich den neuen Verhältnissen anpassen; nicht etwa nur äußerlich, nein, sie werden sich in ihrem Kern, in ihrem Gehalt von dem was man heute unter Recht und Moral versteht, wesentlich unterscheiden. Sie wachsen ja aus einem wesentlich anders gearteten wirtschaftlichen Untergrund hervor.

Die Sozialdemokratie scheint nun der guten alten eingebürgerten Moral von heute schon tatsächlich überdrüssig zu sein, deshalb konstruierte ihr der Parteigelehrte und Programmwächter Kauffh mit Mühe und Ausdauer die „sozialistische Moral“ — und die Genossen bemühen sich nun redlich, sie beim demnächstigen Eintreffen des Zukunftsstaates schon fertig zu haben. Sie sind jeither fleißig am Üben und wir konnten in letzter Zeit wiederholt über „Angewandte Kauffh-Moral“ berichten. Wir fanden dann immer, daß diese Zukunftsstaatsmoral unferen „reaktionären“ Anschauungen über den Gegenstand diametral entgegenstand.

Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit aller Menschen! Gleiches Recht für alles, was Menschenantitz trägt! — so rufen die Genossen. Und wir „altmoralischen“ Bourgeois und Spießbürger denken uns wieder das gerade Gegenteil von dem, was die Genossen eigentlich damit jagen wollten. Wie gut, daß uns da ein soeben aus Tageslicht gekommenes Dokument aus den „Sozialen Mitteilungen“ an die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Verwaltungsstelle Stuttgart-Cannstadt, Nr. 4 April 1910“ ein Licht aufleuchtet. Das betreffende Dokument, welches jedenfalls bei der dereinstigen Codifizierung des Zukunftsstaats-BGB. eine große Rolle spielen wird, hat folgenden Wortlaut:

Resolution bei Boych in Stuttgart.

Die am 7. März 1910 tagende Versammlung der Wickelei der Firma Boych steht einhellig auf dem Standpunkt, daß es jedes in der Abteilung beschäftigten Arbeiters Pflicht ist, dem Deutschen Metallarbeiterverband anzugehören. Die Versammlung ist der Ansicht, daß die Zugehörigkeit zu einer anderen freien Gewerkschaft nur dort zulässig ist, wo der Kollege eine Funktion in der betreffenden Organisation ausübt und über die Aufrechterhaltung der Mitgliedschaft eine Vertretung zwischen den Organisationsleitungen stattgefunden hat. Von den organisierten Kollegen erwartet die Versammlung, daß sie Kollegen, die in das Geschäft eintreten, nur dann Beihilfe angeeignet lassen und Verkehr mit ihnen pflegen, wenn dieselben ihren Beitritt oder ihre Mitgliedschaft im Deutschen Metallarbeiterverband nachzuweisen in der Lage sind. Kollegen, die nicht im obigen Sinne organisiert sind, werden entsprechend behandelt.

Die ebenfalls anscheinend schon kautschunormal-feste Redaktion der Sozialen Mitteilungen bemerkt dann noch zu dieser glatten Aufforderung zum Terrorismus: „Die Durchführung obiger Resolution könnte auch für andere Betriebe nichts schaden.“

Die sozialdemokratische Moral bewirkt also demnach eine Verleugung aller Begriffe in ihr Gegenteil: „Freiheit“ ruft die Sozialdemokratie und meint damit „Zwang und Geirungsfreudung“; sie proklamiert „Gleichheit“ und verhängt über Standesangehörige den „gesellschaftlichen Boykott“; „Brüderlichkeit“ besagt in die Welt hinaus, darum wird derjenige, der nicht mit durch die und dann geht — „entsprechend behandelt“ — Wer sich dem

Tatsache merkt und stets das Gegenteil von dem glaubt, was ein Genosse gesagt oder geschrieben hat, der kommt also der Wirklichkeit am nächsten. Der „Regulator“, der die oben wiedergegebene Resolution der sozialdemokratischen Metallarbeiter in seiner Nr. vom 1. Januar der Öffentlichkeit übergab, bezeichnet sie als „Dokument der Schande“ und traf damit nach unserer Ansicht den Nagel auf den Kopf. Ein Genosse wird natürlich anderer Meinung darüber sein; er hält es mit dem Bebel'schen Satz: „Sittlich ist was Sitte ist.“ Und, so wird er uns ferner belehren, weil es bei uns Sitte und Brauch ist, programmwidrige Meinungen nicht zu dulden — ist das, was ihr rückständigen Spießker Terrormus und Gesinnungslehre nennt, der oberste Grundsatz der wahren sozialistischen Moral.

Wir christlichen Arbeiter aber können uns für diesen „Fortschritt“ leider nicht begeistern und wenn die Genossen uns ferner „Rückwärtler“ schelten — so wissen wir, daß wir auf dem rechten Wege sind.

Wie die Saat . . .

Der fanatische Kampf gegen die christlichen Gewerkschaften zeitigt im sozialdemokratischen Lager immer bedeutendere Früchte. Am oberbayerischen Bergbauerevier hatte, wie wir früher bereits berichteten, der sozialdemokratische Bergarbeiterverband einen verhängnisvollen Streik inszeniert, den die christlich organisierten und nichtorganisierten Arbeiter um so weniger mitmachen konnten, als er sich mehr gegen den christlichen Gewerksverein, wie gegen die Arbeitgeber richtete. Trotz des nun jahrelang einziehenden roten Indianergeheul's über „christliche Streikbrecher und Verräter“, trotz des auf denselben Ton gestimmten Geschwafels der sozialdemokratischen Presse und Gewerkschaftsagitatoren mußte der Streik verloren gehen.

Doch die sozialdemokratischen Führer und dito Presse können mit ihrer bei dieser Gelegenheit verdoppelten Kulturarbeit zufrieden sein, sie hat ihre Früchte gezeitigt; Früchte, die denjenigen von Moabit gleichwertig sind.

Die christlich organisierten Bergarbeiter in Hausham hatten sich dort am Silvesterabend zu einer Familienfeier in der Konjunktur zu dem Zusammengekommen. Im Verlaufe des Abends versuchten sozialdemokratische Arbeiter wiederholt in das Lokal einzudringen und die Feier zu stören. Der dritte Versuch ist auch gelungen. Von der Schenke her, wo sich die roten Freiheitskämpfer postiert hatten, wurden die christlichen Arbeiter und ihre Angehörigen mit Biergläsern beworfen. Als es dann gelungen war, die Köhlinge aus dem Saale zu drängen, eröffneten sie draußen ein Bombardement mit Bierflaschen usw. auf das Gasthaus und die darin versammelten christlichen Arbeiter und Arbeiterfrauen. Sämtliche Fenster wurden mit Bierflaschen eingeworfen, die aus einer nahegelegenen sozialdemokratischen Wirtshaus herbeigeschleppt wurden. Mehr als 20 Revolverkugeln wurden durch die Fenster in das Lokal abgeschossen. Dazu wurde geschrien: „Die schwarzen Hunde müssen sich noch in Blut baden, geht's auch, ihr schwarzen Hunde, nacha seid's alle hin.“ Das ganze Auftreten der Genossen zeigt, daß es sich bei dem Ueberfall um einen wohl überlegten Plan handelte. Eine Anzahl Personen sind mehr oder minder schwer verletzt worden. Daß kein größeres Unglück vorfam, ist der Besonnenheit der christlichen Arbeiter zu verdanken. Am Neujahrstag hat die Gendarmerie 23 der Köhlinge verhaftet; weitere Verhaftungen stehen bevor.

Der sozialdemokratischen „Münchener Post“, die zu diesen skandalösen Vorgängen lakonisch bemerkt: „Durch die Unterjochung wird die Ursache des Streites noch aufklärter“, hält das „Neue Münchener Tageblatt“ treffend entgegen: „Wenn die „M. P.“ ihre Artikel über Hausham zusammenstellt und dazu noch die Reden nimmt, die die sozialdemokratischen Führer während der letzten Wochen in Hausham gehalten haben, dann kennt sie die Gründe, die zu diesen bedauerlichen Vorgängen führten. Die Herren Sozialdemokraten in Hausham können sich aber darauf verlassen, auch durch Rohheiten der geschilderten Art werden sie die christliche Organisationen nicht spüren.“

Dieser Ansicht sind wir auch. Die christlichen Arbeiter bedanken sich entschieden für eine „Kultur“, die von verhassten Köhlingen mit Revolver und Bierflaschen in die Köpfe gekickt und geistig verurteilt werden soll. Trotzdem möchte man mit den Verhafteten, und außer Brot und Arbeit gekommenen Genossen Mitleid haben; denn die moralische Schuld an diesen Vorgängen tragen jene, die seit Jahr und Tag in Wort und Schrift gehetzt und den fanatischen Haß gegen alles Christliche in diese Köpfe gepflanzt haben. Die rote Saat geht jetzt auf!

Masse und Führer.

Seit dem bekannten Aussprüche Bebel's in Magdeburg von dem demokratischen Mißtrauen gegen jeden Führer will dieses Kapitel in der sozialdemokratischen Bewegung nicht zur Ruhe kommen. Bewußtlose Demagoguen, denen die revolutionäre Gesinnung über die praktische Arbeit geht, nähren und führen namentlich das Mißtrauen der Gewerkschaftsmitglieder gegen die Beamten. Dem Streben und Stänkertum leiht die sozialdemokratische Parteipresse berechnungsvoll ihren Raum, um gegen die „verführten Gewerkschaftsbeamten“ anzugehen.

So bringt die „Tüffelwörter Volkszeitung“ in Nr. 205 vom 30. Dez. 1909 die Zuschrift eines Mitgliedes des Metallarbeiterverbandes, worin es u. a. heißt:

„Wenn die „Metallarbeiterzeitung“ und der „Grundstein“ zu dem Ergebnis gelangt sind, daß das Verhältnis zwischen Arbeiterchaft und Führer nicht immer harmonisch ist, so liegen die Gründe ganz wo anders und nicht an dem Ausschuss des Genossen Bebel. Besonders wir Metallarbeiter sind in den letzten Jahren von demartigen Fällen sämtlich in Mitleidenschaft gezogen. Da muß es einem immer eingefallen berühren, wenn unter Bebel'schen

die „Metallarbeiterzeitung“, Artikel bringt, wie im vorliegenden Falle, die den Anschauungen der übergroßen Mehrheit unserer Kollegen nicht Rechnung tragen. . . . Es ist leider bei uns die unangenehme Tatsache zu verzeichnen, daß ein Teil unserer Angestellten, sobald sie dem Unternehmer den Rücken gefehert haben, ihre frühere Einstellung veridieren. . . . Es kommt sogar vor, daß solche Kollegen sich in die Verjammung stellen und sagen: wir streifen etwas auf den Idealismus. Ob solche Führer sich am richtigen Plage befinden, das will ich dahingestellt sein lassen. Wenn man in dieser Weise weitertrudert, dann ist es bald Zeit, solchen Führern Idealismus zu predigen. Denn ein Gewerkschaftsbeamter, der es fertig bringt, sich in solcher Weise zu maufieren, ist nicht mehr wert, Führer zu sein.“

Nicht Tarifverträge ohne Ende wolle der Klassenkämpfer erringen, sondern eine neue Gesellschaftsordnung. Ein frischer, revolutionärer Zug fehle der Metallarbeiterbewegung.

Es ist schon „herrlich weit“ gekommen mit den „freien“ Gewerkschaften. Die Mitglieder beginnen gegen die eigenen Führer und ihre gewerkschaftliche Taktik zu rebellieren. Das ist der „Erfolg“ der innigen Zusammengehörigkeit von Partei und Gewerkschaft, der „Verteuerung der Gehirne“ mit radikalen Phrasen. Die sozialdemokratische Gewerkschaftspresse spielt in diesen Dingen eine ganz jämmerliche Rolle, indem sie es nicht einmal magt, mit Entschiedenheit gegen die verderbliche Strömung anzukämpfen. Aber sie hat sich die Masse ja selbst erzogen.

Der Kampf gegen den Gewerksverein christlicher Bergarbeiter

treibt die tollsten Blüten. Die Beschimpfungen und Verdächtigungen des christlichen Gewerksvereins seitens der sozialdemokratischen „Führer“ und ihrer polnischen und S.-D.-Verbündeten in Presse und Versammlungen wollen gar kein Ende nehmen. Mit einem Eifer, der einer besseren Sache würdig wäre, sucht man die Mitglieder des christlichen Gewerksvereins gegen ihre Führer scharf zu machen mit dem Erfolge, daß der christliche Gewerksverein innerlich erstarkt und auch an Mitgliederzahl ständig zunimmt.

Das scheint nun aber die Genossen und ihre Verbündeten um jede vernünftige Lieberlegung gebracht zu haben. Sie rufen nunmehr für Sonntag, den 8. Januar nicht etwa Mitgliederversammlungen, sondern „Belegschaftsversammlungen“ ein, „um die Meinung der Kameraden zu hören“.

Gegen dieses, nur allzu durchsichtige Gebahren wendet sich der Vorstand des christlichen Gewerksvereins mit einer erfreulich entschiedenen Erklärung in Nr. 1 des „Bergknappen“, in der es heißt:

„Die Vorstände vom alten Verband, der Polnischen Berufsvereinigungen und dem Gewerksverein Kirch-Dünder haben beschloffen, zur gründlichen Aussprache über die ablesende Haltung der Federerwartungen gegenüber der Eingabe der drei Verbände an den nächsten Sonntag Belegschaftsversammlungen abzuhalten, angeblich, um die Meinung der Kameraden zu hören. Zu dem Plane der drei vereinigten Verbände erklären wir folgendes:

Grundsätzlich muß daran festgehalten werden, daß entscheidende, die Organisation bindende Beschlüsse bei Lohnbewegungen usw. nur von den Organisationen bzw. den Versammlungen der organisierten Arbeiter gefaßt werden können. Belegschaftsversammlungen, in denen auch Unorganisierte — oft in der Mehrzahl — vertreten sind, kann nicht das Recht gegeben werden, über die Schritte zu entscheiden, die in einer von den Organisationen eingeleiteten Bewegung getan werden sollen. Das kann um so weniger geschehen, als auch in der Regel gar keine Kontrolle besteht, ob nur Belegschaftsmitglieder in solchen Versammlungen anwesend sind und nicht von weit und breit zusammengehörte Schreier den Ausschlag geben. Wenn die drei vereinigten Verbände jetzt die gemeinsamen Grundzüge nicht gelten lassen, sondern den Belegschaftsversammlungen ausschlaggebenden Einfluß einräumen wollen, so geben sie damit sich selbst auf und stellen die Organisation als überflüssig hin. Wir stellen das fest, selbst auf die Gefahr hin, daß unsere Gegner das gegen den Gewerksverein ausnutzen.“

Des weiteren werden in dem Aufruf die Mitglieder des Gewerksvereins und die unorganisierten Arbeiter gewarnt, sich von den Sozialdemokraten mißbrauchen zu lassen, insbesondere sollten sich die Vergleume nicht durch radikale Redensarten und Streikrufe sozialdemokratischer und anarcho-sozialistischer Schreier beeinflussen lassen, die zum größten Teil nicht einmal Vergleume seien. Für den 8. d. M. berief der Gewerksverein zahlreiche Versammlungen für das ganze Ruhrbecken ein. An demselben Tage fanden in allen Agitationsbezirken des Ruhrgebietes Konferenzen für die Vertrauensmänner statt. — Alle sozialdemokratischen Gemeinheiten tragen nur zur weiteren Ausbreitung und Festigung des christlichen Gewerksvereins bei.

Lehnliche „Erfolge“ hat der sozialdemokratische Verband auch mit seiner Bewegung zur Bekämpfung des christlichen Gewerksvereins in Oberbanern „Ergebnisse“. Der Münchener „Arbeiter“ brachte in seiner Nr. 52 darüber folgenden Bericht, welcher die Art und Weise der sozialdemokratischen „Arbeiterinteressenbetreterei“ treffend beleuchtet:

„Zum Streik der Bergarbeiter in Hausham und Penzberg. Am Montag, den 12. Dezember legten in Hausham und am 19. Dezember in Penzberg die sozialdemokratischen organisierten Bergarbeiter unter dem Vorzeichen der Arbeit nieder. Die im Gewerksverein christlicher Bergarbeiter organisierten Arbeiter sowie auch eine große Anzahl sozialdemokratisch organisierter Arbeiter haben den Streik nicht mitgemacht. Darüber natürlich großes Geschrei in der sozialdemokratischen Presse. Es wird deshalb zu sein, wenn unsere Mitglieder etwas in die Geschichte dieses Streites, der inzwischen mit

einer schweren Niederlage der sozialdemokratischen Streikstrategen geendet hat, eingeweiht werden. Infolge der bis jetzt bestehenden Majoritätswahl waren die Arbeiterausschüsse bei der Oberbayerischen Aktiengesellschaft nur mit wackelnden Sozialdemokraten besetzt. Die Vorbereitung der Lohnbewegung geschah in Ausschüssen der beteiligten sozialdemokratischen Verbände, zu denen auch der Arbeiterausschuß zugezogen wurde. (Arbeiterausschüßmitglieder und Vertrauensmänner der sozialdemokratischen Verbände sind zum Teil dieselben Personen.) Ein Vertreter der christlichen Organisation wurde zu den vorbereitenden Sitzungen nicht hinzugezogen. Als dann die Direktion die eingereichten Forderungen ablehnte, fällt das Berggewerbegericht, das auch einen Vertrauensmann der christlichen Organisation zugezogen hatte, einen Schiedspruch, nach dem die Direktion sich verpflichten sollte, bei besserer Konjunktur einen Ausgleich der Löhne zwischen den Betrieben Hausham und Penzberg einzutreten zu lassen.

Bis zum 30. November sollten die Parteien eine Erklärung für Annahme des Schiedspruches abgegeben haben. Die christlichen und sozialdemokratischen Organisationen stimmten zu, die Direktion lehnte ab, weil der Schiedspruch zu unbestimmt laute, teilweise auch aus technischen Gründen nicht durchführbar sei. Nach der Fällung des Schiedspruches am Berggewerbegericht hatte nun der sozialdemokratische Streikleiter Straßer mit dem Sekretär des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter eine Unterredung, in der abgemacht wurde, ehe die Kündigung eingereicht würde, eine gemeinschaftliche Sitzung der Vertrauensleute der christlichen und sozialdemokratischen Organisation herbeizuführen. Diese Abmachungen wurden von Straßer nicht gehalten, sondern in den sozialdemokratischen Verbänden beschloß man, am 1. Dezember die Kündigung einzureichen. Von sozialdemokratischer Seite wurde sogar erklärt: die paar Taroaktische voll Christlicher brauchen wir nicht. Ohne jede Prüfung der Vorbedingungen für einen günstigen Ausgang der Lohnbewegung konnten aber die christlich organisierten Arbeiter unaußgänglich die Kündigung einreichen, um so weniger, als ihnen ja auch deutlich zu verstehen gegeben wurde, daß sich der Kampf auch vorwiegend gegen die christlichen Organisationen richten sollte.

Nachdem seitens des größten Teiles der sozialdemokratisch organisierten Arbeiter die Kündigung zum 15. Dezember (aber nur in Hausham, in Penzberg wurde überhaupt nicht gekündigt) eingereicht war, erklärte sich die Direktion durch die Vermittlung des Oberbergrates Spary bereit, bis Mitte März die vorgebrachten Beschwerden zu erledigen. Trotzdem diese Zusage der Direktion mehr enthielt als der Schiedspruch, dem die sozialdemokratischen Verbände zugestimmt hatten, lehnten sie eine Einigung auf dieser Grundlage ab und traten in Hausham und auch in Penzberg unter Kontraktbruch in den Streik. Dazu konnten und werden die christlichen Organisationen nicht die Hand bieten. Der Bruch abgeschlossener Verträge seitens der Arbeiter muß sich logischerweise bitter rächen, wenn der Unternehmer in einem für ihn günstigen Augenblick nach derselben Methode arbeitet. Die ganze Art der Inzenerierung des Streikes durch den sozialdemokratischen Verband war also nicht dazu angetan, einen Erfolg zu versprechen. Die Streikenden haben dann auch unter dem 27. Dezember die Arbeit zu den Bedingungen aufgenommen, die vor Ausbruch des Streiks von der Direktion zugesagt waren. Etwa 20 Arbeiter von der rund 3000 Mann starken Belegschaft erhalten am 1. Februar eine kleine Lohnzulage. Lobend muß anerkannt werden, daß die christliche Arbeiterchaft trotz aller Angriffe ihren als richtig erkannten Standpunkt beibehalten hat. Auch ein Teil der sozialdemokratisch organisierten Arbeiter haben dem sozialdemokratischen Verbände den Rücken gefehert und sind zum Gewerksverein christlicher Bergarbeiter übergetreten.“

Streits und Lohnbewegungen.

Vertrauen. Die Aussperrung bei der Firma Niebaum und Gutenberg dauert noch unverändert fort. Die Firma hat sich die größte Mühe gegeben, Streikbrecher zu finden, aber zu ihrem Leidwesen haben sich keine gefunden, mit Ausnahme von Zwisein, die man zu Reizern gemacht hat. Dies konnte aber der Bewegung keinen Abbruch tun, denn die ausgesperrten Kollegen haben Stand gehalten gegenüber den Lockrufen einiger Ungehobenen. Da die Firma nun keinen anderen Ausweg mehr mußte, ging sie dazu über, nachstehenden Ukas zu veröffentlichen.

Bekanntmachung.

Dienstag, den 3. Januar 1911 eröffnen wir, soweit Arbeitsgelegenheit vorhanden, wieder den Betrieb unserer Fabrik.

Anmeldungen von Arbeitern behufs Einstellung werden vom Montag, den 2. Januar 1911 im technischen Bureau entgegengenommen, wofürst auch die Löhne festgelegt werden und Einblick von den Akordtabellen genommen werden kann.

Niebaum und Gutenberg, Maschinenfabrik und Eisengießerei.

Aber auch diese Bekanntmachung hat es nicht fertig gemacht, Uneinigkeit in die Reihen der Kollegen zu tragen. In einer abgehaltenen Besprechung wurde von allen im Kampfe stehenden Arbeitern betont, daß die Firma erst mehr Entgegenkommen zeigen müsse, ehe die Arbeiter die Arbeit wieder aufnehmen würden. Es wurde in dieser Besprechung einstimmig beschloffen, daß die Organisationsleitungen der Firma schreiben sollten, daß sie beauftragt seien, die Verhandlungen mit der Firma im Auftrag der Arbeiter zu führen. Daß die Firma nun eingesehen hat, daß es besser ist, mit ihren Arbeitern in Frieden zu leben und deren berechtigten Wünsche anzuerkennen, glauben wir jetzt annehmen zu dürfen. Wsu ist das nicht schätzenswert, das werden auch die Firmeninhaber jetzt erkannt haben. Das einigende Band der Organisation hat die Solidarität der Arbeiter so gefestigt, daß sie entschlossen sind, nicht eher die Arbeit aufzunehmen, bis ein schriftlicher Friede zustande kommt. Metallarbeiter aller Verufe werden ersucht, bei der Firma Niebaum und Gutenberg nicht um Arbeit anzusuchen.

Das Ende des Kampfes in Pforzheim

„Groß,“ sagte einmal der französische Schriftsteller Carlyle in seiner „Französischen Revolution“ (Buch 3, Kapitel 1), „groß ist der Bankrott...“

Diese Worte Carlyles drängen sich unwillkürlich demjenigen auf, welcher rückblickend über den Verlauf und das Ende der Pforzheimer Bewegung berichten soll.

Die Kurzsichtigkeit und Unfähigkeit der „Führer“ zeigte sich aber im größten Maße, als man trotz der Aussperrungsandrohung seitens des Arbeitgeberverbandes den Kampf auf die Bijoutiers und die gesamte Arbeiterchaft ausdehnte.

Diese Kenntnis der Verhältnisse in der Schmiedewaren-Industrie sollte man auch bei einem sozialdemokratischen „Führer“ voraussetzen können.

„Seltener ist auch ein Streik so provozierend begonnen und so widerspruchsvoll durchgeführt worden.“

Über den „Pforzheimer Generalanzeiger“ (Anschlußblatt)

Man kann den Arbeitern getrost das Recht garantieren, sich ihre Forderungen, sei es schiedlich, friedlich, sei es im Kampf, zu erstreben.

sonal der Kettenfabriken, und noch viel weniger war die übrige Arbeiterschaft in der Edelmetallindustrie zu jener Zeit in den Streik gezogen.

In der Tat, es ist menschlich begreiflich, daß den Führern des Arbeitgeberverbandes die Lust verging, mit Vorhölzer zu verhandeln.

„Der Vorsitzende erörtert, unter Darlegung seiner Tätigkeit in der Streikangelegenheit, die ihn betreffenden Auslassungen des Bezirksleiters Vorhölzer in der letzten Streikversammlung.“

Treffender, wie es laut diesem Bericht durch den Vorsitzenden des Pforzheimer Stadtrats geschah, ist derselbe Vorhölzer, der seinerzeit über die Vorgänge in Rheinfelden den moralisch Entrüsteten minte, noch nie gezeichnet worden.

„Doch, helfe, was helfen kann! denken die sozialdemokratischen „Führer“ — und damit die Genossen draußen und solche, die es noch werden sollen, nicht merken, wie im sozialdemokratischen Metallarbeiterverband die Arbeiter von Niederlage zu Niederlage „geführt“ werden.“

„Ein Riesenkampf, der wohl selten seinesgleichen findet, und eigentlich nur mit dem Kampf in Brinnmühlau verglichen werden kann, hat sein Ende gefunden.“

Die Fabrikanten forderten die Arbeiter auf, sich zu erklären, ob sie am 2. Januar wieder in Arbeit treten wollten.

Die Unternehmer hatten unangelegentlich erklärt, sie würden gerne verhandeln, wenn die Kettenmacher ihre Forderungen zurückziehen.

In einer von über 800 Delegierten besuchten Versammlung am 21. d. M. wurde in 3-stündiger Beratung die ganze Situation erörtert und mit allen gegen zwei Stimmen beschlossen, am 2. Januar die Arbeit wieder

aufzunehmen und die ganze Bewegung auf eine günstigere Zeit zu verschieben.

Die Unternehmer dürften an diesem Beschluß nicht ungeteilt Freude haben. Was sie beabsichtigten, die Vernichtung der Organisation, mißlang ganz und gar.

Tendenzloser und frecher kann wirklich nicht mehr geschwindelt werden. Selbst dem sozialdemokratischen Solinger „Eiswarenarbeiter“ geht dieser Schwindel des roten Brubers über die Guttschnur; er glossiert diesen Tendenzbericht in seiner Nr. 1 vom 6. Januar nach seiner Art und sagt da u. a.:

„Die ungünstige Konjunktur — — — Derartige Ausreden und Beschönigungsmittel haben aber auch ihre zwei Seiten.“

Der Spott ist bitter — aber nicht unverdient. Die Solinger Arbeiter wissen ja, was von der „Arbeitererzreuer“ des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes zu halten ist; sie haben sie zu ihrem Schaden am eigenen Leibe verspürt.

Wenn dann der sozialdemokratische Wochenzettel den Fabrikanten „nicht zu überbietende Geschäftigkeit“ bei Führung des Kampfes rortruft, so stellen wir demgegenüber die eine Frage: Will man mit dieser Phrase vielleicht die frivole Geschäftigkeit eines sozialdemokratischen Führers beschönigen?

„Wenn man die Äußerungen Bebels auf die journalistischen Gepflogenheiten sozialdemokratischer Redaktionen überhaupt anwenden darf, kann liegen die Dinge bezüglich der Veröffentlichungen über den Metallarbeiterverband noch weit schlimmer.“

Wir wollen dem nicht hinzufügen, es könnte die Wirkung nur abgemindert; die Genossen müssen ja „die Gepflogenheiten“ ihrer Parteipresse am besten kennen — und wir wissen nun aus bester Quelle, was wir von der Genossenschaftspresse zu halten haben.

Die Arbeiterschaft von Pforzheim aber und unsere Kollegen allerwärts werden aus dieser schmachvollen Niederlage des sozialdemokratischen Uebermutes die richtige Lehre ziehen müssen, wenn sie sich in Zukunft vor gleichen Schädigungen bewahren will.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluß ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzuwenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zuzug fort.

Reheim. Ueber die Firma Hübener & Gerling ist wegen Herabsetzung der Akkordsätze die Sperre verhängt. Zuzug von Metallrüdern, Schlossern und Klempnern ist fernzuhalten.

Remscheid. Die Maschinenbauer und Hülsenarbeiter der Remscheider Fellenindustrie stehen in einer Lohnbewegung.

Sundern bei Arnberg i. W. Bei der Firma Wintertoff sind wegen Lohnabzügen Differenzen ausgedrohen. Zuzug von Metallrüdern, Schleifern und Klempnern ist fern zu halten.

Sierlohn. Bei der Firma Raffoer u. Stone, Sierlohn, stehen die Kettenhämmer im Streik.

Siefeld-Perford. Bei der Firma Niehaube u. Gutenberg sind die Schlosser, Dreher, Schmiede und Hülsenarbeiter angepörrt.

Zuzug ist fernzuhalten.

Pforzheim. Die Aussperrung der Arbeiter in der Gold- und Silberwarenindustrie ist beendet.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 15. Januar 1911 der dritte Wochenbeitrag für die Zeit vom 15. bis 21. Januar 1911 fällig.

Siegen. Das Mitgliedsbuch Nr. 60921, auf den Namen Karl Schwarz, Siegen (Niederschelden) lautend, ist verloren gegangen und wird hiermit für ungültig erklärt.

Zur Beachtung für wandernde und arbeitslose Mitglieder. Alle Kollegen, die Arbeit suchen, sind verpflichtet, sich stets zunächst bei der örtlichen Leitung des Verbandes zu melden, um sich über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Wo keine freigestellten Beamten und Arbeitsnachweise sind, hat diese Meldung dennoch bei dem Ortsgruppenvorstand zu erfolgen. In solchen Orten, wo keine Ortsgruppe oder Zahlstelle unseres Verbandes besteht, wende man sich an den zuständigen Bezirksleiter oder den Zentralvorstand. Das gleiche gilt auch für diejenigen Mitglieder, die ihre Arbeitsstelle am Ort wechseln.

Die Aufnahmescheine von allen dem Verbandsbeitretenden Mitgliedern, auch von den aus anderen Organisationen übertretenden, sind genau auszufüllen, vom Kassierer der Ortsgruppe aufzubewahren und bei der Quartalsabrechnung mit an die Zentrale einzusenden. Die Kassierer mögen dieses genau beachten, um sich später unnötige Arbeit zu ersparen.

Aus dem Verbandsgebiet.

Amberg. Zwischen den rauhen Kalkfelsen des Silztales liegt still und friedlich unser Industrieort Amberg. Fast scheint es, als ob diese friedliche Stille der Natur auf unsere Verbandsaktivität übergegangen wäre. Seit der Baumann-Bewegung findet man nur ab und zu eine kleine Notiz im Versammlungskalender des Verbandsorgans über unsere Ortsgruppe. Alles ist still. Die alten und zielbewußten Kollegen harren getreulich aus in der Hoffnung, daß zähe Ausdauer und unentwegte Arbeit noch stets gute Früchte zeitigen.

Ein Teil der Arbeiter hat nach der Bewegung bei der Firma Baumann der Organisation den Rücken gekehrt. Ihre dumpfe Resignation und Schlafmüdigkeit wird nur zeitweilig unterbrochen durch das Jammern und Klagen über die schlechten Verhältnisse. Anstatt sich aufzuraffen und zusammen zu schließen in der Berufsorganisation, bringen es einige besonders Schlaue sogar fertig, den Verband als Schuldigen hinzustellen, weil seit der genannten Bewegung die Unternehmer sich organisiert haben. Den Arbeitgebern ist es durch den Zusammenschluß möglich, ihre Interessen wirkungsvoll zu vertreten. Wollen wir als Arbeiter, als die wirtschaftlich Schwächeren hiermit die einzig richtige Lehre ziehen, so ist es notwendig, alle noch fernstehende Berufskollegen unserem Verbands anzuschließen. Noch niemals hat sich die Hebung und wirtschaftliche Besserung eines Standes von selbst vollzogen. Kämpfe und persönliche Opfer der Beteiligten haben erst immer den gewünschten Erfolg gebracht. Darum, auf Kollegen zur regeln Arbeit und mutvollen Agitation! Fort mit aller Lautheit und Gleichgültigkeit. Ueberall wo heute Erfolge für die Arbeitererschaft erzielt werden, wurde dies nur möglich durch Einigkeit und Zusammenschluß. Sorgen wir deshalb dafür, daß im neuen Jahre alle Metallarbeiter von Amberg unserem Verbands zugeführt werden, alsdann wird auch für uns eine Besserung der Verhältnisse herbei zu führen sein.

Säffelsdorf. (Sie schämen sich.) Endlich scheint die Leitung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes einmal wieder „Stoff“ zu haben, um sich an dem christlichen Metallarbeiterverband reiben zu können. Nachdem der Beamte des christlichen Metallarbeiterverbandes vor einigen Tagen durchs Telephon angepöbelt und beschimpft worden war, finden wir jetzt in der „Volkszeitung“ einen verdrehten Bericht, und man gießt, dem Bildungsgrad entsprechend, aus dem Krübel. Wir achten nicht auf dieses Gerede, doch wollen wir die Verdrehungen richtig stellen. Der Sachverhalt ist folgender: Die Beamten des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes versuchen unter kramphafter Bemühung in den Versammlungen den Beweis zu erbringen, daß diese „weltbezügliche“ Organisation viel Geld in der Hauptkassie besitzt. Da es nun dort aber gerade miserabel aussieht, werden die Gelder der Lokalverwaltungen dem „Vermögen“ hinzugerechnet. Die Gelder der Lokalverwaltung sehen sich aus Beiträgen der Mitglieder zusammen. Es sind demnach Lokalgelder, die der örtliche Vorstand verwaltet.

Vor einigen Wochen erschien nun auf der Verwaltungstafel des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes die Frau eines dort organisierten Metallarbeiters und schilderte ihre Not. Der Mann war schon abgewiesen worden. Ihr Wochenbett und die Arbeitslosigkeit des Mannes hatten auch den letzten Pfennig der Familie aufgezehrt. Sie hat daher um Notunterstützung, da ihrem Mann ja keine Arbeitslosenunterstützung zustehe. Es wurde ihr bedeutet, daß ihr Mann schon 19 Jahre Zeit gehabt habe, sich dem sozialdemokratischen Verbands anzuschließen. Die Frau hatte trotz dieses salomonischen Urteilspruches Hoffnung, da der Beamte sich ans Schreiben begab. Mit den Worten: „Tragen Sie dies Ihrem Mann“, erhielt sie ihren Bittbrief durch den Schalter zurück und konnte gehen. Voll Wehmut, auch hier Theorie und Praxis verchieden zu finden, las sie folgenden Trost: „Werter Kollege! Arbeitslosenunterstützung gewährt der Verband nach einjähriger Mitgliedschaft. Mit toll, Gruß: Scheizer.“

Das Erkennen kam auch bei ihrem Mann. Sie dachten nach und fanden, daß auch in der sozialistischen Gesellschaft mit Wasser getocht wird. Sie wurden an so manche Stelle der „Volkszeitung“ erinnert, die Bilder entrollte, wo hier oder dort ein Dunaender, verkannt von der

lottierten und verjumpten bürgerlichen Gesellschaft, in dem Hungerdasein getrieben wurde. — „Das wahr ist?“ Mein, wie wollen es wenigstens noch einmal versuchen.“ Man wandte sich an den christlichen Metallarbeiterverband, erklärte seinen Uebertritt und bat um Hilfe. Sie konnte nicht ternereigert werden.

Da nun besonders einer der Beamten des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes in den letzten Wochen den christlichen Metallarbeiterverband als eine „Scheinorganisation“ hingestellt hatte, natürlich hinter verschlossenen Türen, das heißt in einer Betriebsversammlung, wo Gegner nicht zum Worte kommen, beging der Beamte des christlichen Metallarbeiterverbandes das „große Verbrechen“, in einer anderen Versammlung einmal ein Bild des christlichen Falles jener „großen“ sozialdemokratischen Scheinorganisation zu zeichnen. „Wer angreift, muß sich auf Siebe gefaßt machen“, das mögen sich diese Herren endlich merken. Im übrigen werden sie die Erkenntnis in den eigenen Reihen nicht aufhalten können. Etwa zwei Dutzend Uebertritte sind im vierten Quartal für den christlichen Metallarbeiterverband zu buchen. Darum weiter gearbeitet. Aufgeklärte Arbeiter kennen ihren Weg.

Mühlhausen i. G. (Sozialdemokratische Verdrehungs- und Verdächtigungskunst.) Die errungenen Erfolge des christlichen Metallarbeiterverbandes durch seine Eingabe bei der „Eisenhütten Maschinenbau-Gesellschaft“ in Mühlhausen, scheinen die Leitung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes in große Verlegenheit gebracht zu haben.

Hatte doch der sozialdemokratische Metallarbeiterverband schon im Juli vorigen Jahres eine Eingabe an die genannte Firma gemacht, zwecks Verbesserung der Löhne der Gießerei und der Gießereiarbeiter. (Für die Arbeiter der übrigen Betriebe hatte man nichts gefordert.) Verlangt wurde eine Regulierung der Akkordlöhne und Einführung von Stundenlöhnen. Trotzdem der Arbeiterausschuß, welcher sich aus Genossen zusammensetzt, mehrere Male mit der Firma verhandelte, konnte niemals von einem Zugeständnis berichtet werden. Erst am 23. Dezember, kurz vor den Verhandlungen zwischen der Firma und den Mitgliedern des christlichen Metallarbeiterverbandes, konnten die Arbeiterausschussmitglieder von einer allgemeinen Lohnerhöhung für alle Arbeiter berichten. Wer aber hat eine Lohnerhöhung für alle Arbeiter gefordert? Einzig und allein der christliche Metallarbeiterverband. Sämtliche Forderungen des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes, die nur die Gießerei und Gießereiarbeiter betrafen, sind glatt abgelehnt worden, was ja auch in Nummer 303 der „Mühlhäuser Volkszeitung“ die Geschäftsführung des roten Verbandes selbst zugeben muß. Wir bedauern, daß die Wünsche der Gießerei und Gießereiarbeiter nicht bewilligt worden sind. Wer trägt aber die Schuld? Einzig und allein die Leitung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes, die sich noch nicht dazu emporschwingen kann, anders organisierte Arbeiter bei Lohnbewegungen als gleichberechtigt anzuerkennen. Der sozialdemokratische Führer Groß scheint nur einmal nichts aus der gewerkschaftlichen Praxis lernen zu wollen. Wer dabei aber der leidtragende Teil ist, haben die Gießerei und Gießereiarbeiter der „Eisenhütten Maschinenbau-Gesellschaft“ erfahren müssen. Die Arbeiter der Gießerei können dem christlichen Metallarbeiterverband dankbar sein, daß er eine allgemeine Lohnerhöhung beantragt hat, denn im andern Falle hätten sie überhaupt nichts bekommen.

Daß nun nach Lage der Sache die Geschäftsführung des sozialdemokratischen Verbandes in Mühlhausen es noch fertig bringt, in der oben bereits erwähnten Nummer der „Mühlhäuser Volkszeitung“ die bewilligte Lohnerhöhung als einen Erfolg der Eingabe des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes hinzustellen, trotzdem in dem Blatt zugegeben werden muß, daß alle Forderungen der in der Gießerei beschäftigten Arbeiter nicht bewilligt worden sind, ist auf jeden Fall der Höhepunkt der sozialdemokratischen Verdrehungskunst. Man soll es einfach nicht für möglich halten, daß die Genossenpresse es wagt, einen solchen Schwindel im 20. Jahrhundert denkenden Arbeitern vorzutragen. Doch die am 8. Januar in Mühlhausen stattgefundene sozialdemokratische Wahlrechts- und Verfassungs-Strasendemonstration, kam der Geschäftsführung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes sehr gelegen, um die schwer geschädigte und belogene Gießereiarbeiterchaft über den Sachverhalt im Hurra hinein zu täuschen. So lange sich aber ein Teil der Arbeiterchaft Mühlhausens mit Radikalismus und leeren Demonstrationen über die realen Tatsachen hinwegtäuschen läßt, braucht dieser Teil sich nicht über schlechte Verhältnisse zu beklagen, denn bekanntlich „geht es dem Menschen so, wie er es sich gefallen läßt.“ Es ist nur schade, daß denkende Arbeiter mit unter diesen Zuständen leiden müssen. Aber auch im Verdächtigen ist die Geschäftsführung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes tüchtig; in der „Mühlhäuser Volkszeitung“ wird die Eingabe des christlichen Metallarbeiterverbandes, als vom Arbeitgeber bestellte Arbeit hingestellt. Ferner wird behauptet, die christlichen Gewerkschaften würden im Elend die Arbeit der „Selben Gewerkschaften“ bejagen. Dies ist eine sozialdemokratische Unverschämtheit, denn der sozialdemokratische Geschäftsführer Groß weiß ganz gut, daß diese Behauptung elender Schwindel ist, trotzdem jetzt die Genossenpresse solche unerhörten und unbegründeten Verdächtigungen in die Welt. Groß muß wirklich die Leier des Mühlhäuser Sozialisten-Blattes und seine eigenen Verbandsmitglieder sehr tief einschätzen; denn sonst könnte er sich nicht erlauben, solchen haarsträubenden Unjinn in die Welt zu setzen. Man scheint ihnen aber das selbständige Denken abgewöhnt zu haben.

Nach diesen Vorlesungen wird auch der letzte christlich gemünte Arbeiter von Mühlhausen und dem Elend einsehen, wohin er gehört. Der Arbeitererrat und Unwahrscheinlichkeit verabsieht, der arbeite mir an der Stärkung und Ausbreitung unseres christlichen Metallarbeiterverbandes; denn nur dieser gibt uns die Gewähr einer ehrlichen und tatkräftigen Interessensvertretung.

Udenstedt. Reges Leben herrscht gegenwärtig in unserer hiesigen Ortsgruppe. Während vor Jahresfrist noch einzelne Kollegen der Ansicht waren, im „roten Udenstedt“ würde unsere Bewegung keinen festen Fuß fassen, können wir heute, gewiß zum Leidwesen der Gegner konstatieren, daß unsere Position nach jeder Richtung hin gesichert ist. Bringt sich doch in Udenstedt unter den Arbeitern beider Konfessionen immer mehr die Erkenntnis Bahn: nur mit vereinter Kraft können die Rechte des

Arbeiters gewahrt werden. Der Anschluß an den christlichen Metallarbeiterverband ist daher eine dringende Notwendigkeit. Unsonst als auch die hiesigen Fabrikanten den Vorteil des Zusammenschlusses sehr wohl erkannt haben. Im Vorjahre versparten wir die „friedliche“ Stimmung des Lüdenscheider Fabrikantenvereins dadurch, daß trotz des Protestes der Arbeiter, auch der Zwangsarbeitsnachweis eingeführt wurde. Gegenwärtig lobt der Streik der Werkzeugschleifer, inszentert vom sozialdemokratischen Verband. Folgende Forderungen haben die Schlosser den Fabrikanten unterbreitet:

§ 1) Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit sind möglichst zu vermeiden und sollen nur in dringenden Fällen gemacht werden. Ueberstunden werden bis 9 Uhr abends mit 25 Proz., nach 9 Uhr mit 50 Prozent und die Sonntagsarbeit mit 100 Prozent Aufschlag bezahlt.

§ 2) Der Mindestlohn beträgt pro Stunde: Im ersten Jahre nach heendeter Lehrzeit 32,5 Pfg., im zweiten Jahre 37,5 Pfg., im dritten Jahr 45 Pfg., vom vierten bis zum 23. Lebensjahre 50 Pfg., vom 23. bis 26. Lebensjahre 55 Pfg., und vom 26. Lebensjahre ab 60 Pfg. Diejenigen, welche den Mindestlohn oder einen höheren Lohn bereits haben, erhalten eine Zulage von 2,5 Pfg. pro Stunde.

§ 3) Diese Vereinbarung gilt vom 1. Januar 1911 bis zum 31. Dezember 1911. Wird dieselbe nicht mindestens 3 Monate vor Ablauf von einer Partei gekündigt, so verlängert sich die Gültigkeit immer um ein Jahr. Die Parteien verpflichten sich, nach erfolgter Kündigung in Verhandlungen einzutreten.

Der Arbeitgeberverein hat es glattweg abgelehnt, mit der Organisation zu verhandeln. Dagegen sind die Fabrikanten nicht abgeneigt, mit ihren Arbeitern direkt zu verhandeln. Die Stimmung ist sehr erbittert, wie den Beschwerden entnehmen werden kann. Die Fabrikanten sollen zum Außersten entschlossen sein. Gott will, man eine Gesamtauspehung vornehmen. Ob es soweit kommt, muß abgewartet werden. Jedenfalls haben unsere Kollegen alle Urache, die Augen auf zu halten. Vornehmlich gilt es, die Unorganisierten aufzuklären, sie dem christlichen Metallarbeiterverbande zuzuführen. Mögen daher die Mitglieder von Udenstedt unvermüßlich tätig sein, der Erfolg wird nicht ausbleiben.

Spaichingen. Am Dreikönigstage fand dahier eine gut besuchte Harmonikaarbeiter-Konferenz statt. Herr Gewerkschaftssekretär Gengler vom christl. Metallarbeiterverband referierte in längerem Ausführungen über die Lage der Arbeiterchaft in der Harmonika-Industrie. An Hand der gepflanzten statistischen Erhebungen wies er nach, daß hier die Arbeiter sehr hinter dem Gros der deutschen Arbeiterchaft zurückgeblieben sind. Eine Besserung der Verhältnisse ist deshalb dringend notwendig. Dies will der christliche Metallarbeiterverband tun auf gezieltem legalem Wege. An dieser Reform mitzuarbeiten, ist Aufgabe eines jeden. Der Arbeiter, der heute nichts übrig hat, keine Opfer bringen will zur Hebung der Arbeiterlage, der ist auch keine Besserung wert. Die Delegierten folgten mit höchstem Interesse den Ausführungen des Referenten. Besonders die Resultate der statistischen Erhebungen erregten allgemeines Aufsehen. Ebenfalls erklärten sich die Anwesenden mit den bisher getroffenen und noch zu treffenden Maßnahmen des Verbandes, die eingehend erörtert wurden, einverstanden. Nachstehende Resolution fand hierauf einstimmige Annahme: „Die heute am 6. Januar in Spaichingen tagende, gut besuchte Harmonikaarbeiter-Konferenz erklärte sich mit den Ausführungen des Referenten über die Lage der Arbeiterchaft der Harmonika-Industrie einverstanden. Sie erachtet eine Regelung der tief darniederliegenden Arbeits- und Lohnverhältnisse für dringend notwendig und beauftragt die Bezirksleitung des christlichen Metallarbeiterverbandes, die geeigneten Schritte dafür zu tun. Weiterhin erklärt die Konferenz in der Organisation das einzige notwendige Mittel, das zu einer Besserung der Lage der Harmonikaarbeiter führen kann, und fordert deshalb alle noch der Organisation ferne stehenden Arbeiter und Arbeiterinnen auf, sich unverzüglich dem christl. Metallarbeiterverbande anzuschließen.“ Mit Dank gegen die Anwesenden und mit der Aufforderung, unablässig weiter zu arbeiten an der Stärkung des christl. Verbandes, sowie die noch ausstehenden Fragebogen baldigst ausgefüllt zurückzusenden, schloß der Vorsitzende, Herr Endreß, Tuttingen, die anregend verlaufene Konferenz.

Soziales.

Ist das Stellenvermittlergesetz brauchbar?

Für die Brauchbarkeit des neuen Stellenvermittler-Gesetzes spricht die Art und Weise, in der es von den Stellenvermittlern bekämpft wird. Dieser Kampf zeitigt die tollsten Blüten. So haben, wie die Soziale Praxis berichtet, die „eingeschriebenen“ Hamburger Stellenvermittler an die dortige Bürgerchaft eine gegen die öffentlichen Arbeitsnachweise gerichtete Eingabe gemacht, in der u. a. folgende „Gründe“ gegen den öffentlichen Arbeitsnachweis geltend gemacht werden unter Hervorhebung der Tatsache, daß dieser Gesichtspunkt bisher noch nicht geltend gemacht worden sei:

„Jede größere Ansammlung von Menschen an einem einzigen Platz bringt erhebliche Gefahren mit sich. Diese Gefahren sind bei allgemeinen Arbeitsnachweisen besonders groß, namentlich, wenn es staatliche Arbeitsnachweise sind. In Zeiten starken wirtschaftlichen Niederganges werden große Arbeitermassen mit ihrem „Recht auf Arbeit“ vor diesen Arbeitsnachweisen demonstrieren. Wenn man nun noch die berufsmäßigen Stellenvermittler beseitigt und dadurch diesen angesammelten Massen die Intelligenzen als Führer zugesellt, dann wird man sich ein ungefähres Bild davon machen können, daß man künstlich große aufrührerische Massen, wohl organisiert durch die stetige Benutzung des Arbeitsnachweises schafft.“

Auf gleicher Höhe stehen die Ausführungen über die im Gesetz vorgesehene Halbierung der Gebühren und die Wichtigkeit von Vereinbarungen über die Gebühren zum Nutzen der Arbeitnehmer. Diese Be-

Stimmungen werden als ein „unglücklicher Griff der Gesetzgebung“ bezeichnet. „Im wirtschaftlichen Leben ist natürlich die Sache so, daß derjenige zahlt, der den Vorteil hat.“ — Hiernach scheint das neue Stellenvermittlungsgesetz doch an der richtigen Stelle den Hebel angelegt zu haben.

Aus Straßburg i. E. wird über die Wirkungen des neuen Stellenvermittlungsgesetzes berichtet: „Das Verdingungs- und Plazierungswesen, welches in der Stadt Straßburg eine nicht unbedeutende Rolle spielte, ist bekanntlich seit kurzem durch das Reichs-Stellenvermittlungsgesetz neu geregelt und beschränkt die Unternehmer dieser Branche auf eine Tätigkeit, die den Ansichten über Lauterkeit im Plazierungswesen entspricht. Der Erfolg des neuen Gesetzes ist überraschenderweise der gewesen, daß seit Inkrafttreten desselben 20 private Vermittlungsagenturen ihre Konzession abgemeldet haben; d. h. sie können unter den Vorschriften des neuen Gesetzes ihre Geschäfte nicht fortsetzen.“ Diese Wirkung des Gesetzes dürfte durchaus der Ansicht des Gesetzgebers entsprechen und es ist im Interesse der Stellenjuchenden nur zu begrüßen, wenn die unlauteren Elemente im Plazierungswesen möglichst bald verschwinden.

Gewerbshygiene.

Ein Bleimerkblatt für Hüttenarbeiter wird, wie wir der Sozialen Praxis entnehmen, vom Institut für Gewerbehygiene, Frankfurt a. M., herausgegeben. Auf die Frage, wie eine Bleivergiftung entstehen kann, wird darin folgende Antwort erteilt:

Die in Blei-, Zink- und auch anderen Hütten vorhandene Gefahr der Bleivergiftung läßt sich vermeiden, wenn man die nötige Vorsicht gebraucht.

Bleivergiftung erfolgt durch Aufnahme des Bleies in den Körper. Dies geschieht durch Einatmen des immer bleihaltigen Staubes und Rauchs oder beim Essen und Trinken, beim Rauchen, Schnupfen und Kauern von Tabak, wenn Speijen oder Tabak mit schmutzigen Händen und schmutzigem Gesicht und Bart gegessen oder mit bleihaltigem Staub bedeckt in den Mund gebracht werden.

Bleifest ist niemand. Das Blei sammelt sich bei den Unvorsichtigen im Körper an, und wer heute nicht erkrankt, kann morgen oder nach Wochen und Monaten erkranken.

Wie verhütet man nun die Bleierkrankung? Das Merkblatt erteilt dafür nachstehende Ratshläge:

Alle Hüttenarbeiter müssen reinlich sein. Dabei sollen sie besonders folgendes beachten:

1. In ihrem eigenen Interesse liegt es, die Abwässerungen in Stand zu halten und die von den Behörden und der Hüttenleitung erlassenen Vorschriften genau zu befolgen, ferner besondere Arbeitskleider zu tragen, Mund- und Nasenmasken zu benutzen und den Hüttenraum zu befeuchten, wo es vorgezeichnet ist.

2. Von der höchsten Wichtigkeit ist es, daß man vor den Pausen und nach der Arbeit Gesicht, Mund, Bart und Hände sorgsam reinigt. Man soll nie essen oder das Brot verlassen, bevor man die Arbeitskleider mit anderen vertauscht und sich gründlich gewaschen oder noch besser geduscht hat. Wer während der Arbeit trinkt, soll den Rand des Trinkgefäßes nicht mit schmutzigen Händen berühren. Besonderen Wert lege man auf regelmäßiges Zähneputzen und Mundspülen.

3. Während der Arbeit soll man das Spreizrauchen sowie das Schnupfen und Kauern von Tabak, wobei stets Blei in den Mund kommt, unterlassen, da Verunreinigungen der Hände mit bleihaltigen Stoffen nicht zu vermeiden sind. Das Rauchen der Pfeife mit glühender Asche ist wegen der Gefahr des Einatmens von Bleidämpfen höchst gefährlich.

Man muß aber auch seinen Körper gegen die Wirkungen des Bleies wahren. Dazu muß man vor allem im Trinken mäßig sein. Unter keinen Umständen sollen Hüttenarbeiter Branntwein trinken, auch nicht außerhalb der Hütte. Aber auch Sauer, die andere geistige Getränke in reichlichen Mengen genießen, zeigen viel mehr zur Bleianfälligkeit als ganz Unbekanntes.

Von Brot zur Vorbeugung gegen die Bleivergiftung ist eine kräftige und fettreiche Nahrung, also z. B. Milch und Speck, besonders zu empfehlen; sind Schlafstörungen vor der Arbeit. Sie beginnt man die Arbeit mit bestem Magen.

Und dann: In jeder Zeit gehe man in die freie Luft! Spaziergängen, Lärmen, Spaziergängen, Arbeit hilft aber manche Schädigung hinweg.

Wahrscheinlich an Bleivergiftung erkrankt zu sein, so wende er sich in seinem und seiner Familie Interesse sofort an einen Arzt.

Das Merkblatt ist vom Institut für Gewerbehygiene, Frankfurt a. M., Dezember 1911 zu beziehen.

Literarisches.

Skizze der Arbeiterfrage und der deutschen Arbeiterpolitik. Mit einer statistischen Uebersicht der Hauptergebnisse der letzten Berufs- und Betriebszählung. Von Professor Dr. Hise. 56 Seiten gr. 8o, M.-Gladbach 1910, Volkvereins-Verlag G. m. b. H. Preis 50 Pf., postfrei 55 Pf.

Inhalt: I. Die Arbeiterfrage. I. Begriff und Umfang der Arbeiterfrage. II. Die Elemente der Arbeiterfrage. III. Der besondere Charakter der heutigen Arbeiterfrage. IV. 1. Mittel und Wege zur „Lösung“ der Arbeiterfrage. 2. Dreißig Jahre deutscher Arbeiter-Sozialpolitik. 3. Uebersicht der Hauptergebnisse der Berufs- und Betriebszählung von 1907. Nachtrag.

In dem mehr theoretischen ersten Teil der Schrift wird die Arbeiterfrage nach Ursprung, Begriff und Umfang behandelt; zugleich werden die Mittel angegeben, wie dieselbe nach Möglichkeit einer Lösung entgegengeführt werden kann. Diese Frage leitet zugleich zu dem praktischen zweiten Teil über, der die erfolgreichen Bemühungen der gesetzlichen staatlichen Fürsorge um den Arbeiterstand schildert und derselben weitere Wege weist. Die Schrift besitzt den Vorzug einer knappen orientierenden Einführung, der auch dem künftigen von dem gleichen Verfasser herausgegebenen „Abriß der Agrarfrage“ (Soziale Tagesfragen, Heft 13) den Beifall der Kritik eingetragen hat.

Das Geld. Staatsbürger-Bibliothek Heft 10. M.-Gladbach, Volkvereins-Verlag G. m. b. H. 1910, 94 Seiten 8o, 40 Pfg., postfrei 45 Pfg.

Inhalt: 1. Entwicklung des Geldes. 2. Die Funktionen des Geldes. 3. Die faktische Ordnung des Geldes; Münzsystem, Münzgesetz, Münzbedarf, Edelmetalle, Währung. 4. Geldjurrogate (Geldersatzmittel); Reichsbanknoten, Banknoten, Wechsel, Scheck. Literaturverzeichnis. 5. Anhang: Münzsysteme fremder Staaten.

In einer Zeit so außerordentlich gesteigerten Geldbedarfs, der in Steuererhöhungen und neuen Steuern für die Allgemeinheit sich so nachdrücklich bemerkbar macht, ist eine Schrift über das Geld selbst, über sein Wesen, seine Aufgaben, seine wirtschaftliche und politische Bedeutung ganz gewiß als recht zeitgemäß zu bezeichnen. Das vorliegende Heft 10 der M.-Gladbacher „Staatsbürger-Bibliothek“ behandelt gründlich und eingehend das Geld und Geldwesen mit Rücksicht auf den Bank- und Börse in populärer, klarer und verständlicher Weise. Besonders muß auf die vorzügliche Darstellung der geschichtlichen Entwicklung des Geldes hingewiesen werden; ferner auf die Abschnitte „Wechsel“ und „Scheck“, Dinge, worüber noch immer viel mehr Unklarheit und Unverständnis herrscht, als man glauben sollte. Die Schrift wird ohne Zweifel allgemeinen Beifall finden und verdient bei dem billigen Preise zur allgemeinen Anschaffung empfohlen zu werden.

Krisis in der Sozialdemokratie von Joseph Joos, Redakteur der „Republikanischen Arbeiterzeitung“. Im Februar 1911 erscheint im Volkvereins-Verlag in M.-Gladbach das vorbenannte Buch. Dasselbe wird circa 120 Seiten in gr. 8o umfassen und gebunden 1 M. kosten. Vorausbestellungen sind zu richten an die Buchhandlung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, Köln, Eintrachtstraße 147.

Sterbetafel.

Nachen. Am 30. Dezember 1910 starb unser langjähriger und treuer Kollege Peter Ringens im Alter von 36 Jahren an den Folgen eines schweren Unfalles auf dem Hüttenwerk „Rote Erde“.

Menden. Am 7. Januar starb unser Kollege Caspar Christofori im Alter von 24 Jahren infolge Lungenerkrankung.

Ehrendem Andenken!

Veranstaltungs-Kalender.

Kollegen und Kolleginnen! Verjäumt ohne triftigen Grund keine Veranstaltung!

Apfeld. Sonntag, den 15. Januar, abends 8 1/2 Uhr Veranstaltung im Restaurant Sings. Tagesordnung: Abrechnung und Vorstandswahl.

Albstadt. Sonntag, den 15. Jan. Generalversammlung mit Rechenschaftsbericht und Neuwahl.

Böckingen (Sekt. I). Sonntag, den 22. Januar, nachm. 3 Uhr Generalversammlung mit Neuwahl im Gewerkschaftshaus. Vortrag des Kollegen Behr, Reilshausen.

Beckst. Sonntag, den 22. Januar, morgens 11 1/4 Uhr im Lokale „Zur Stadt Rünster“ Generalversammlung. Die Kollegen von hier und Hülshaus werden gebeten vollständig zu erscheinen.

Berlin. Samstag, den 21. Januar, abends 1/9 Uhr im Saal „Festale (Am Königsgraben 14 a) allgemeine Mitglieder-versammlung mit Vortrag. Erscheinen in Pflicht.

Bromberg. Sonntag, den 22. Januar, nachm. 1/3 Uhr Generalversammlung im Lokale Krüger, Pringenthal 4. Schlegel. Vollständiges Erscheinen ist Ehrenpflicht.

Duisburg-Rheinl. Samstag, den 14. Januar, abends 1/9 Uhr Mitglieder-versammlung mit Neuwahl bei Kellner, Stern-Engelweg und Kolonnen-Str.

Duisburg-Beel. Sonntag, den 15. Jan., nachm. 5 Uhr bei Jansen, Kappelerstraße, Mitglieder-versammlung mit Neuwahl des Vorstands.

Duisburg-Bruchhausen-Marxloh. Sonntag, den 15. Jan., nachm. 4 Uhr bei Neuwahl, Frobergstraße, Mitglieder-versammlung mit Vorstandswahl.

Duisburg-Herdingsen. Sonntag, den 15. Jan., morgens 11 Uhr bei Schmitz („Zum Parlament“) Mitglieder-versammlung mit Vorstandswahl.

Duisburg-Saar. Sonntag, den 22. Jan., nachm. 4 Uhr bei Jansen, Kappelerstraße, Mitglieder-versammlung mit Neuwahl des Vorstands.

Duisburg-Meiderich. Sonntag, den 22. Januar, nachm. 4 Uhr bei Hülshaus Mitglieder-versammlung mit Vorstandswahl.

Duisburg. Sonntag, den 15. Januar, morgens 11 Uhr im Arbeiterheim, Seidenstr. 19 Mitglieder-versammlung. Neuwahl des Vorstandes und Vortrag. Referent: Redakteur Kreyenberg über „Wirkerecht“.

Düsseldorf-Benrath. Sonntag, den 15. Januar, vorm. 11 Uhr Generalversammlung im Lokale Lampenschiff, Mittelstraße.

Düsseldorf-Renk. Sonntag, den 15. Jan., nachm. 4 Uhr Generalversammlung bei Hloh, Niederstraße.

Düsseldorf. (Klempner und Installateure.) Mittwoch, den 18. Jan., abends 7 1/2 Uhr Branchenversammlung bei Reuter, Dülfer.

Düsseldorf-Rath. Sonntag, den 22. Jan., vorm. 11 Uhr Generalversammlung im Lokale Schulen, Münsterstraße.

Düsseldorf-Ratingen. Sonntag, den 22. Januar, Festversammlung aus Anlaß des 10-jährigen Bestehens der Ortsgruppe Ratingen. Referent: Kollege Leupke.

Düren. Sonntag, den 15. Jan., morgens 11 Uhr bei Röllhoff General-Versammlung mit Vorstandswahl.

Dülken. Sonntag, den 15. Jan., morgens 11 Uhr Generalversammlung bei Kemmer.

Essen-Altendorf. Sonntag, den 15. Jan., morgens 11 Uhr Generalversammlung im Restaurant Wink, Altendorferstraße.

Essen-Rüttenscheid. Sonntag, den 15. Jan., morgens 11 Uhr Generalversammlung im Restaurant Wallney, Rüttenscheiderstraße.

Essen-Vergeborbeck. Sonntag, den 15. Jan., nachm. 5 Uhr Generalversammlung im Restaurant Westhoff, Hochstr.

Essen-Frohhausen. Sonntag, den 15. Januar, abends 7 Uhr Generalversammlung im Restaurant Pottgießer, Frohhauserstraße. 6 Uhr Vorberedung.

Essen-Hellingshausen. Sonntag, den 15. Jan., morgens 11 Uhr Generalversammlung im Restaurant Köhne, Hauptstr.

Esslingen. Samstag, den 14. Januar, abends 8 Uhr im Lokal „Alte Krone“ Mitglieder-versammlung. — Sonntag, den 22. Januar, nachmittags 8 Uhr im Lokal „Alte Krone“ jährliche Generalversammlung. Es darf kein Kollege fehlen.

Eisenach. Samstag, den 14. Januar, abends 8 1/2 Uhr Versammlung bei Glenda.

Ensheim. Sonntag, den 22. Januar, nachm. 3 Uhr in Eschringen bei Jo. Franz Generalversammlung und Neuwahl des Vorstandes.

Früdenberg. Sonntag, den 15. Januar Generalversammlung bei Schmidt.

Horst-Emsher. Sonntag, den 15. Jan., nachm. 4 1/2 Uhr Versammlung bei Limerz.

Hamm (Norden). Sonntag, den 15. Jan., vorm. 11 Uhr Versammlung bei Poff.

Hamm (Südwestholz). Sonntag, den 15. Jan., nachm. 5 Uhr Versammlung bei Böckmann.

Hamm (Ostsee). Sonntag, den 15. Jan., vorm. 11 Uhr Versammlung bei Kleiff.

Hattungen. Sonntag, den 15. Januar, vormittags 11 Uhr Generalversammlung bei Haumer.

Herne. Samstag, den 14. Januar, abends 8 1/2 Uhr Versammlung im Gewerkschaftshaus.

Karlruhe. Sonntag, den 15. Jan., morgens 10 Uhr im Rest. Feibel, Kaiserallee 27 Generalversammlung. Die Kollegen von Nassau und Ettlingen sind eingeladen.

Kempen (Rhein). Sonntag, den 15. Jan., morgens 11 Uhr bei Paß, Ennerstraße Mitglieder-versammlung.

Königsbrunn. Sonntag, den 15. Januar, nachm. 3 Uhr Mitglieder-versammlung bei W. Vogt in Wengern. Vortrag des Kollegen Gora, Jahresbericht und Vorstandswahl.

Langendreer-Werne. Sonntag, den 15. Jan., nachm. 5 Uhr Versammlung der Wirt Pa. ricus in Werne.

Lippstadt. Sonntag, den 22. Januar, nachm. 4 Uhr bei Molitor Generalversammlung.

Leipzig. Samstag, den 31. Januar, 1/9 Uhr im „Schloß Rutenstein“ Rutenstraße Weihnachtsfeier. Die Mitglieder wollen vollständig mit ihren Angehörigen nebst Gästen erscheinen.

Mülheim-Geiseln. Sonntag, den 15. Januar, vorm. 11 1/4 Uhr bei Lehnhoff Mitglieder-versammlung mit Vortrag über Anwartschaften.

Milspe. Samstag, den 21. Januar, abends 8 1/2 Uhr Generalversammlung bei Herrn R. Thüne. Tagesordnung: Jahresbericht, Vorstandswahl und Vertrauensmännerwahl, Unterhaltungsabend-Angelegenheit, Beschlüsse.

München. Samstag, den 14. Jan., abends 8 Uhr Monatsversammlung mit Vortrag über „Prinzipielle Gegenstände zwischen christl. und sozialdemokratischen Gewerkschaften“. Referent: Gewerkschaftssekretär Weisler.

Neustadt a. S. Sonntag, den 22. Jan. Generalversammlung mit Neuwahl des Vorstandes im Lokal Sebastian.

Nürnberg. Samstag, den 21. Januar, abends 8 Uhr Vertrauensmännerwahl. Sonntag, den 29. Januar, nachmittags 2 Uhr im Gelellensopiz Generalversammlung.

Oberhausen (Rhd.). Sonntag, den 15. Januar, nachm. 4 Uhr Mitglieder-versammlung im Lokal Remmerling. Jedem Donnerstag, abends 8 Uhr Unterrichtsbesuch bei Remmerling.

Ofer a. S. Sonntag, den 15. Januar, abends 8 Uhr bei Bod Generalversammlung. Rechnungslegung und Vorstandswahl. Frauen willkommen. Zahlreiches Erscheinen aller Kollegen wird erwartet.

Regensburg. Samstag, den 21. Januar, abends 8 Uhr in der „Jakobierchen“ ordentliche Generalversammlung mit Rechenschaftsbericht und Neuwahl des Ausschusses. Vollständiges Erscheinen wird erwartet.

Sulzbach. Sonntag, den 22. Januar, Generalversammlung mit Rechnungsablage und Wahl der Vorstandskasse.

Siegburg. Sonntag, den 15. Jan., abends 6 Uhr im Stammlokal Altonien General-Versammlung. Alle Kollegen müssen erscheinen.

Stuttgart-Gaunstatt. Samstag, den 21. Januar, abends 1/9 Uhr Generalversammlung der Sektion Gaunstatt im „Alten Garten“ zu Gaunstatt.

Schweinfurt. Sonntag, den 15. Januar, nachm. 3 Uhr Generalversammlung bei Schömitz. Kollege Konrad hat sein Erscheinen zugesagt.

Schwenried. Samstag, den 21. Jan., abends 1/2 8 Uhr Generalversammlung im Lokal Behr jr.

Ulm. Samstag, den 14. Januar, abends 8 Uhr im Fetteseller Generalversammlung.

Herdingen. Sonntag, den 15. Jan., morgens 11 Uhr bei Schmitz (Zum Parlament) Mitglieder-versammlung. Vorstandswahl.

Unterföcken. Sonntag, den 15. Jan., Generalversammlung im Lokal „Sings“. Beginn 3 Uhr. Tagesordnung: Jahresbericht, Neuwahlen, Beschlüsse.